"Lasst heisse Tage im Sommer sein..."

Bericht eines Teilnehmers der III. Weltjugendfestspiele in Berlin 1951 — Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 21. April 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

## Breschniew kommt

# Nieder mit den neuen Kremlzaren!

Herr Breshnew wird uns als ein Vertreter des Landes der grossen sozialistischen Oktoberrevolution vorgestellt, als Besuch aus dem Vaterland aller Werktätigen, aus der Sowjetunion eines Lenin.

**Verschwiegen wird, dass der Leninismus in der Sowjetunion heute nur noch als Tarnkostüm für ein System gilt, in dem eine neue Bourgeoisie von Bürokraten und Technokraten sich an die Macht geschlichen hat.**

Unter der Maske der Kritik am Personenkult Stalins wurde in der Sowjetunion nach Stalins Tod, die KP, die Diktatur des Proletariats, der Marxismus-Leninismus und der Sozialismus Stück für Stück liquidiert. Die Partei wurde von den bolschewistischen Kräften gesäubert. Im Laufe von 10 Jahren seit dem 19. Parteitag 1952 wurden 50% der damals gewählten ZK-Mitglieder ausgeschlossen. Allein auf dem 22. Parteitag 1964 wurden dann noch mal weitere 50% der auf dem 20. Parteitag gewählten ZK-Mitglieder aus dem ZK entfernt. Auf diese Weise hat sich die Chruschtschow-Breshnew-Clique den Weg zur unumschränkten Macht gebahnt, die sie dazu benutzt hat, den Kapitalismus in der SU wieder einzuführen.

**Staat und Partei haben heute ihr Wesen vertauscht, sie sind nicht mehr Instrument der Diktatur des Proletariats, sondern treuer Erfüllungsgehilfe der neuen Sowjet-Bourgeoisie**

Das sind keine leeren Behauptungen. Tagtäglich erweist sich aufs Neue, dass die Sowjetunion völlig im Lager des Kapitalismus steht. Gerade jetzt wird das letzte I-

Fortsetzung auf S. 2

# Stoppt die KRIEGSBRANDSTIFTER VON TEL AVIV!

**Dienstag, 10. April 1973: In der Hauptstadt des Libanon, Beirut, rollt mit militärischer Präzision eine Mordaktion ab. 19 Menschen werden erschossen, unter den Opfern befinden sich führende palästinensische Patrioten, wie der stellvertretende Vorsitzende der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Abu Jussef, das Mitglied des Exekutivkomitees der Al-Fatah, Kamel Adwan, als auch der offizielle Sprecher der PLO, Kamal Nasser.**

Dieser hinterhältige Mord war langfristig von israelischen Regierungskreisen vorbereitet worden. Das israelische Militär stellte seine Schnellboote, der Geheimdienst seine Agenten und seine Mordspezialisten zur Verfügung. Und die Zionistenpriesterin Golda Meir, huldigte dem Killerunternehmen noch "als ein klassisches und wunderbares Beispiel dafür, wie Israel den Terrorismus bekämpft."

**Es ist tatsächlich ein wunderbares Beispiel, was Israel hinter seinem Kampf gegen den Terrorismus versteckt. Was sich dahinter versteckt, sind die Aufmarschpläne gegen die arabischen Staaten im Interesse der hungrigen US-Ölmagnaten.**

Der Anschlag war von langer Hand vorbereitet, er ist ein Teil der israelischen Angriffspläne. Wie amerikanische CIA-Agenten zugeben mussten, hatte die israelische Luftwaffe ungefähr zur gleichen Zeit vor, einen Angriff gegen Lybien ähnlich dem 6-Tage-Krieg zu fliegen. Nach den Aussagen dieser Agenten, wollte "eine Gruppe israelischer Phantom-Jagdbomber vom Mittelmeer her den ehemaligen amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Wheelus in Lybien anfliegen und den seinerzeit dort stationierten Hauptteil der lybischen Militärflugzeuge vernichten." (Süddeutsche Zeitung, 13.4.).
Dieser Plan wurde lediglich dadurch vereitelt, weil Lybien seine Mirage-Düsenjagdbomber überraschend nach Ägypten verlegte.

In einer Reihe mit den Aggressionsabsichten Israels gegen Lybien steht auch der Abschuss einer lybischen Verkehrsmaschine, als auch jetzt der Anschlag auf Erdöllager an der libanesischen Küste. Dieser Anschlag ist ein von den Israelis provozierter Akt gegen die amerikanischen Erdöllager, den man den Palästinensern in die Schuhe schieben will, um einen Anlass zum Angriff zu finden. Dieser Anschlag soll von einer sogenannten libanesischen Revolutionsgarde verübt worden sein, was von der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa folgendermassen dementiert wird: "Eine libanesische Revolutionsgarde gibt es nicht. Israel ist für das Attentat verantwortlich. Die Operation wurde von israelischen Marinekommandos ausgeführt, die von der See her eindrangen."

Es geht um Öl. Israel ist der Stützpunkt der Imperialisten, zuvorderst des US-Imperialismus, gegen die Öl-produzierenden Länder des Nahen Ostens.

Mit im Kampf um Öl und Einflussphären ist auch der sowjetische Sozialimperialismus. Gemeinsam mit der Supermacht USA betreiben sie die Politik 'Weder Krieg noch Frieden' in Nahost.

Fortsetzung S. 2



Wie einst die Nazis bei den Juden, markieren heute israelische Soldaten arabische Häuser!

## Thieu - Henker aus Saigon - Raus aus Bonn!



Kommunisten ins Rathaus' — wurde endlich die Parole der D'K'P zu den Kommunalwahlen verwirklicht? — Die D'K'P schien in Bonn anderer Meinung zu sein. Während Kommunisten und Antiimperialisten sich gegen die anrückenden Polizeitruppen verteidigte, distanzierte sich der D'K'P-Lautsprecher auf dem Münsterplatz von der 'verantwortungslosen Rathausbesetzung'.

Sieg im Volkskrieg — Klassenkampf im eigenen Land! Die Bonner Polizei war voll beschäftigt ,'Staatsgast Thieu' und Gastgeber zu schützen. Das disziplinierte, kämpferische und organisierte Vorgehen der Demonstranten brachte die Polizeitruppen in strake Verwirrung. Dazu kam die Furcht der Regierenden, Polizeiüberfälle wie in Frankfurt, würden die Solidaritätsbewegung noch mehr anfachen.



Bericht ➡ Seite 5

AUS DEM INHALT:

SPD-Parteitag ........ S.2
Brandt bei Zionistenfreunden .... S.2
Die Drucker setzen das Signal .. S.3
1. Mai zu Thälmanns Zeiten ...... S.3
Denunzianten raus! ........ S.3
Warnstreik gegen Entlassung .... S.4
VW-Streik ........ S.4
Chemie: Betriebsversammlung ... S.4
Thieu: Henker aus Saigon – Raus aus Bonn! ........ S.5
KJVD aufgelöst! ........ S.7
Mit Schlagringen gegen Antifaschisten ........ S.7
Sieg im Kommunistenprozess .... S.7
Spanien: Demonstrationen gegen Arbeitermord ........ S.8
Gewerkschaftsopposition: Maiaufruf 1973 ........ S.8
BEILAGE:
Kampf der politischen Unterdrückung!
Zum 87. Geburtstag Ernst Thälmanns
50. Geburtstag des Vorsitzenden der KPD/ML, Ernst Aust

Fortsetzung von Seite 1

# Kremlzaren...

Tüpfelchen auf die Wiedererstellung des Kapitalismus gesetzt. Die letzten Überreste der noch zentral staatlich gelenkten Wirtschaft werden beseitigt. Die Wirtschaft wird in einzelne unabhängige Monopole aufgegliedert. Die alte kapitalistische Konkurrenzwirtschaft wird wieder voll eingeführt.

Diese Reform nach hinten hat ein Chruschtschow schon vor Jahren gefordert. Er sagte damals: Es liegt auf der Hand, dass eine derartig gewaltige Anzahl von Betrieben ... schwer konkret und operativ aus Ministerien geleitet werden kann. Es erhebt sich die Frage, kann man diese alten Formen beibehalten? – Und man konnte diese Formen natürlich nicht beibehalten. Wer den ersten Schritt zum Kapitalismus hin tut, der muss auch den zweiten gehen. Die Konkurrenz ist eine Gesetzmässigkeit des Kapitalismus, die der sozialistischen Planwirtschaft direkt gegenübersteht.

Wie verträgt es sich denn mit dem Arbeiterstaat, dass in der Sowjetunion das alte kapitalistische Prämiensystem eingeführt wurde, um die Arbeiter zu grösserer Leistung anzutreiben? Frech werden die Prämien aus einem Fond gezahlt, der gerade aus jenen Zusatzprofiten gespeisst wird, die durch die aufgrund der erreichten Mehrleistung eingesparten Arbeitskräfte entstehen. Dieses 'Neureтum' trifft selbstverständlich zuerst die älteren und schwächeren Kollegen, die die Mehrleistung nicht erbringen können. Dazu stiegen die Prämien für leitende Angestellte, wie eine sowjetische Zeitung bekannte, innerhalb von sechs Monaten um 80% – die für Arbeiter jedoch nur um 10%.

**Nun gut, wird so mancher sagen. In der Sowjetunion mögen so manche falschen Tendenzen da sein, aber es ist immer noch besser als bei den Imperialisten.**

**Dass das nicht so ist, dass die SU heute selbst imperialistische Politik betreibt, das beweisst sich täglich mehr.**

Was sonst als ein imperialistischer Überfall war denn der Einmarsch in die CSSR. Das Leninsche Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten wurde hier mit Füssen getreten.

Heute muss auf offenen Druck des Herrn Breshnew, die DDR gegenüber den BRD-Imperialisten auf die Anerkennung ihrer Souveränität verzichten. Auch die CSSR-Regierung wurde gezwungen sie, Forderung nach Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an zurückzunehmen. **Den 'Kreml-Internationalisten' sind die Interessen anderer Länder sichtlich gleichgültig, wenn es darum geht, mit Herrn Brandt, dem Vertreter der westdeutschen Krupp und Thyssen besser ins Geschäft zu kommen.**



**Es ist schwer beim schmutzigen Geschäft ein friedliches Gesicht zu wahren.**

Auf der gleichen Linie liegt das Bündnis der Sowjetbosse mit der reaktionären indischen Führungsclique. Gemeinsam mit Indien verfolgen sie eine Politik, die gegen die VR China und die Befreiung der Völker gerichtet ist. Das hungernde Indien bekommt dafür von der SU schrottreife Waffen. Dafür wandern von dort grosse Mengen von Stahl, Edelmetallen, Fellen, Tee und Kaffee und andere Konsumwaren in die SU. Die Waffen benutzt Indien wiederum dazu, um seine mit den Sozialimperialisten gemeinsamen Eroberungsziele zu verfolgen.

So war das bei dem Überfall auf Ostpakistan, so ist es gerade heute, wo indische Truppen in den kleinen Himalaiastaat Sikhim einrücken, als das Volk den reaktionären Patriarchen verjagen wollte. Mit sowjetischen Waffen wurden die Aufstände der Bevölkerung des indischen Staates Bengalen niedergeschlagen.

Und was die sowjetische Regierung unter brüderlicher sozialistischer Hilfe versteht, das zeigt sich ebenfalls gerade heute. Bekanntlicherweise hat die SU von Frankreich 200000 t Butter gekauft. Die EWG hat von den Geldern der Steuerzahler diese Butterkäufe subventioniert, damit sie zu Niedrigstpreisen an die SU verscheuert werden konnten. Jetzt verkauft die SU 50000 t dieser Butter mit dickem Gewinn an Chile weiter. So was nennt man aber nicht proletarischer Internationalismus, sondern Imperialismus.

**Und die SU ist heute kein Imperialist unter anderen, sondern sie ist eine imperialistische Supermacht. Gemeinsam mit den US-Imperialisten versuchen die Breschnews die Völker der ganzen Welt unter ihr Diktat zu zwingen, obwohl ein jeder von ihnen die Vormachtstellung auf der Welt erobern will und sie sich deshalb wiederum bis aufs Messer bekämpfen.**

In diesem Sinne zeigte sich auch die Sowjetunion als 'Freund' der Völker Indochinas. **Während sie vorne ein Friedensjuchee nach dem anderen losliess, rieb sie sich hinter dem Rücken die Hände über das gute Kriegsgeschäft.**

Ein Leiter einer kambodschanischen Gesellschaft in Pnom Penh sagte: "Der Krieg ist ein gutes Geschäft. Er ist aber auch für den sowjetischen Staat günstig, eine gute Sache. Der sowjetische Staat erhält diese Gewinne ohne Risiko, da die Waren unter dem Militärschutz der Amerikaner und der Südvietnamesen gefördert werden." Dagegen wird ein Teil der amerikanischen Lieferungen, die für die LonNol Clique bestimmt sind, von einer sowjetischen Gesellschaft versichert.

**Das sind Beweise dafür, dass sich hinter dem sowjetischen Internationalismus die imperialistische Politik um die Aufteilung der Welt unter die zwei Supermächte versteckt. Auf der ganzen Erde, auf den Weltmeeren, ja sogar im Luftraum haben die Supermächte ihre Einflussphären untereinander abgesteckt. Während allerdings die US-Imperialisten ihre Vorherrschaft in der Welt gegen den Befreiungskampf der Völker verteidigen wollen, versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten die Befreiungskämpfe dazu auszunutzen, um im Rücken dieser Kämpfe ihre Einflussphären gegen den US-Imperialismus neu abzustecken.**

**Die Bundesregierung, im Auftrag der westdeutschen Monopolherren, versucht natürlich an diesem profitträchtigen Geschäft teilzunehmen und dabei ihre eigenen Positionen zu stärken. Darum geht es bei den Verhandlungen der Breschnews, der neuen Kremlzaren, mit den Brandts den Vertretern der westdeutschen Schlotbarone.**

Fortsetzung von Seite 1

# Kriegsbrandtstifter...

Hinter dieser Politik versteckt sich das gemeinsame Zusammengehen gegen die nationale und revolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern, die sich im ständigen Versuch äussert, den Völkern eine 'Friedensregelung' (Rogersplan) aufzuzwingen, die dem Aggressor Israel die eroberten Positionen belässt. Bei ihren Bemühungen, die arabischen Staaten zur Kapitulation zu zwingen, erhofft sich Moskau die Eroberung eigener Einflussgebiete in Nahost.

Warum liefern die Kremlherrn, die sich als Freunde der arabischen Völker bezeichnen, nur solche Waffen, die die arabischen Völker zu ihrem Kampf gegen die israelischen Aggressoren nicht gebrauchen können? Die ägyptische Zeitschrift Akhbar el-Yom charakterisiert dies so: "Die Sowjetunion hatte als Händler von Zierrat Vorteile, ohne Forderungen von Ägypten zu erfüllen." Dagegen hat die Sowjetunion in stillschweigender Übereinstimmung mit den USA grosse Mengen von Juden aus der UdSSR nach Israel entsandt. Akhaber el-YOM trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie darauf hinweist: **"Wenn die USA Israel Waffen liefern, dann liefert die Sowjetunion Israel die Einwanderer, die diese Waffen bedienen."**

**Die israelische Kampfestaktik**

**richtet sich in erster Linie gegen die palästinensischen Befreiungsorganisationen, gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker. Mit seiner Erdrosselung, mit der Ermordung der Führer, versuchen sie den Widerstandswillen aller arabischen Völker zu zerbrechen. So soll ein neuer Eroberungsfeldzug vorbereitet werden.**

Was sie erreichen, ist allerdings das Gegenteil. Die arabischen Völker schweissen sich im Kampf gegen die zionistischen Aggressoren immer mehr zusammen.

**250 000 beteiligten sich an der Trauerdemonstration für die ermordeten arabischen Patrioten. Der Marsch ging durch das Ehrenspalier tausender zu allem entschlossener Freiheitskämpfer. Mit geschulterten Maschinenpistolen nahmen sie Abschied von ihren Führern. Rache für den Mord, das war der einstimmige Ruf all derer, die hinter den Särgen marschierten. "Khamal Adwan, wer soll dich getötet haben, wenn es nicht die Amerikaner waren?" "Wir werden euch blutig rächen". Diese Rufe begleiteten die Demonstration.**

**Und es wird der Tag der blutigen Rache kommen. Die arabischen Völker, die Völker der ganzen Welt, werden keinen vergessen und keinen schonen, der sich an den imperialistischen Verbrechen von heute schuldig gemacht hat!**

# Brandt fährt nach Israel

**Nach dem zionistischen Massaker in Beirut wurde durch die empörte Bevölkerung Libanons auch ein Sprengstoffanschlag gegen das westdeutsche Goethe-Institut in der nördlichen Hafenstadt Tripolis verübt.**

Wie wir im ROTEN MORGEN schon mehrfach aufzeigten, hat der westdeutsche Imperialismus ein besonderes (Öl-)Interesse an Nahost. In den Fusstapfen des US-Imperialismus dringt Bonn vor, liefert seit Bestehen des Aggressor-Staates Israel Geld, Waffen-'Fachkräfte' dorthin. Brandts Besuch in Israel im Juni soll die enge 'Kampfgemeinschaft' zwischen Bonn und Jerusalem aus Adenauers Zeiten noch verbessern.

Wie gross die Bonner Kumpanei mit den zionistischen Herrenmenschen ist, zeigt auch die brutale Verfolgung und Hetze gegen Araber in der Bundesrepublik. Im Anschluss an das Massaker von Münchner Polizeischarfschützen an Arabern und Geiseln während der Olympischen Spiele wurde das Progrom auf die Spitze getrieben. (Siehe RM 21/72). Hunderte von Arabern wurden abgeschoben – teilweise direkt in die Hände der israelischen Geheimdienste. Die Palästinenser-Organisationen GUPA und GUPS wurden verboten.

Diese politische Verfolgung ging einher mit einer Hetzpropaganda, die direkt an die Erfahrungen der bürgerlichen Presse aus der Nazizeit anknüpft. Nur statt gegen Juden, diesmal gegen Araber.

Wo bürgerliche Zeitungen des Auslands die Beiruter Bluttat verurteilen müssen, werden diese noch in unserer Presse verherrlicht. Bild steht wieder an der Spitze. Das Büro der PLO wird als 'Mörderzentrale' bezeichnet, das von 'todesmutigen Kommandoeinheiten' durch einen 'beispiellosen Handstreich der Israelis' ausgetilgt wurde, wie ein Nest junger Ratten. Ganz im Stile des SA-'Stürmers' fehlt auch nicht der sadistische Sex: Eine Kommandeuse führt das Todeskommando an. "Sie hatte langes Haar, eine phantastische Figur und rief den anderen Befehle zu."

Die Auffassung der arabischen Öffentlichkeit hat die Bagdader Zeitung 'Thaura' bereits deutlich gesagt, als sie schrieb von den "Nazihetzern in Bonn, die zusammen mit den Zionisten als ihre geschichtlichen Verbündeten und dem amerikanischen Imperialismus den Hass auf die Araber und ihre Unterdrücker schüren."

**Wenn 'Friedenskanzler' Brandt nach Israel fährt, werden die westdeutschen Antifaschisten und Antiimperialisten ihm einen gebührenden Abschied geben.**

# SPD-PARTEITAG: Eine solide bürgerliche Partei

Ganz klar gab Willy Brandt wieder all jenen eine Absage, die glaubten, man könne mit der SPD das gesellschaftliche System verändern oder sogar den Sozialismus erkämpfen. In seiner Parteitagsrede legte er fest: "Sozialdemokratische Politik ist Politik auf dem Boden des Grundgesetzes. Das Grundgesetz zu verwirklichen heisst: Den Rechtsstaat auszubauen, der Verfassung widersprechende Zustände abbauen..."

In diesem Zusammenhang verwarf er sogar ein derartig unverbindliches Schlagwort wie 'Systemüberwindung'.

Warum glaubt denn überhaupt noch jemand, man könne die SPD noch einmal zur Arbeiterpartei machen? Es werden einem die 'vielen Arbeiter' in der SPD vorgehalten, die Arbeitermassen, die der SPD vertrauen würden und sie wählten. Wer so argumentiert, geht allerdings an den Tatsachen vorbei.

Von hundert Neuaufnahmen sind heute nur noch 28 Arbeiter, 1962 waren es noch immerhin 55.

Dabei sind in den letzten 9 Jahren von damals 650000 Mitgliedern 35000 ausgetreten, grösstenteils Arbeiter. Die Arbeiterbasis der SPD zeigt also eine völlig absinkende Tendenz.

Und das Vertrauen, das die Arbeiter für die SPD aufbrachten, als sie sie in der letzten Bundestagswahl wählten, war nichts mehr, als dass sie von der SPD erhofften, sie sei ein kleineres Übel als die CDU/CSU. Dass diese Hoffnung nicht lange in der Arbeiterklasse vorhielt, zeigt ganz deutlich, wie die SPD versuchte, auf dem Parteitag noch einmal um die 'Glaubwürdigkeit' zu ringen, was heisst, sie suchte nach neuen Propagandalügen.

Auch wer mit dem gewerkschaftlichen Einfluss der SPD, die Arbeiterpartei noch zu beweisen versucht, ist auf dem Holzweg. Einen Einfluss hat die SPD höchstens noch auf die Gewerkschaftsführung, die SPD-Vize Helmut Schmidt bezeichenderweise so begrüsste: "Wir wissen: Ohne euch geht es nicht." Er meinte damit, den Regierungskarren steuern.





Viel geredet – und alles bleibt beim Alten

Allerdings haben die Streiks gerade in der letzten Zeit bewiesen, dass es mit dem Einfluss der Gewerkschaftsbonzen auf die Mitgliedschaft nicht mehr weit her ist. Im umgekehrten Verhältnis nahm der Einfluss von Kommunisten und anderen klassenkämpferischen Kräften zu. Die Kämpfe entscheidend im Sinne des Kapitals zu regulieren, war die Gewerkschaftsführung immer weniger in der Lage, dafür wurden die modernen Revisionisten der D'K'P hier zur entscheidenden Kraft.

Dass die SPD keine reformierbare Partei mehr ist, das haben auch einige Jusogruppen erkannt. Sie konnten jedoch in ihrer Mehrzahl den Godesberger Geist der SPD nicht überwinden, die D'K'P kam ihren Auffassungen von einer radikalisierten SPD-Reformpolitik mit klassenkämpferischem Anstrich am nächsten und dort blieben viele bei ihrem Schritt stecken. Es zeigt sich der mit der Radikalisierung wachsende Einfluss der modernen Revisionisten, ihre Gefährlichkeit für die Arbeiterbewegung, die darin besteht, dass sie sich als Gummiwand zwischen die Entscheidung von Reform oder Revolution stellen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

**Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 16 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.**

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Die Drucker setzen das Signal

**Bei Redaktionsschluß ist die 2. Urabstimmung der IG DruPa über das Ergebnis von 10,8% noch nicht gelaufen. Sollten die notwendigen 75% Stimmen für weiteren Streik bis zur vollen Durchsetzung der Forderungen nicht zusammenkommen, ist klar, daß dies das Verdienst der DruPa-Führung ist (siehe RM Nr.14), die trotz gewaltiger Kampfbereitschaft sich wieder einmal in der Mitte von 9%-Angebot und 13%-Forderung mit den Kapitalisten getroffen hat.**

**DruPa-Mahlein nach der Verhandlung: "Wir standen beide unter starkem Druck." (SZ, 13.4.). Und: "Machen Sie mal einen Dampfkessel auf und sofort wieder zu, Sie werden sich garantiert die Finger verbrennen."**

Dieser Druck, dieser Dampfkessel, der Kapital und Gewerkschaftsführung so zu schaffen machte, war die Kampfbereitschaft der 200 000 Arbeiter in den Betrieben. An die 100 000 waren am bundesweiten Streik vom 10.4. beteiligt. Trotz Aussperrungen von 1500 Druckern und Setzern in München, trotz Einsatz von Pensionären, leitenden Angestellten und Redakteuren als Streikbrechern wurde die Stellung gehalten.

Die Kapitalisten sahen rot: Am Montagabend fuhr der Leiter des Rheinland-Pfalz-Verlags in Ludwigshafen, der mit Redakteuren einen Streikbruch organisierte, mit seinem Wagen in die Streikpostenkette. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Polizisten, die mit Diensthunden Stellung bezogen hatten, griffen natürlich nicht ein. Justiz und Polizei dieser Demokratie stehen auf Seiten des Kapitals. Aber die Arbeiter zeigten auch, wo sie die Richtung auf Demokratie, Arbeiterdemokratie, sehen.

Chefredakteur Jens Feddersen, SPD-Kommentator der 'Neuen Ruhr-Zeitung' hatte einen Hetzartikel gegen die Drucker geschrieben. Am nächsten Tag musste er feststellen, dass die Arbeiter seines Betriebes den Artikel kurzerhand entfernt hatten.

**GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!**

**Die Kampfbereitschaft der Drucker hat die Lohnleitlinie durchbrochen. Dennoch sind die Forderungen der Kollegen nicht erfüllt. Die Frankfurter Rundschau vom 12.4. schreibt zum 10,8%-Ergebnis: "Dennoch erwartet der IG-Druck-Chef Mahlein wohl kaum einen Triumph von der zweiten Urabstimmung... Die Stimmung bei den Druckern und Setzern ist alles andere als himmelhochjauchzend."**

Der Kampf wird weitergehen. Aber die Drucker haben jetzt schon das Signal gegeben. Loderer, der die Metaller mit dem 8,5%-Lohnraub überrumpelt hat, muss aufgrund der Stimmung bei den Metallern bald ausgewechselt werden. (Die Opelvertrauensleute in Rüsselsheim forderten sofortige 'Entfristung', also Kündigung des Metalltarifvertrags.)

**Ebenso hat der Druck-Streik den Bossen und Bonzen in der Chemie das Konzept verdorben. Das Angebot von 8% und die IG-Chemie-Forderung von 11,5% zeigen, dass eine Einigung wohl bei 9 bis 10% geplant war. Aber der Streik der 10 000 BASF-Arbeiter (der erste seit 50 Jahren), die Stimmen in den Vertrauensleuteversammlungen zeigen an, dass die für den 17.4. geplante Bundesschlichtung nicht so einfach über die Bühne gezogen werden kann.**

Die Regierung, der dritte im Bunde beim 'Stabilitätspakt', sieht sich vor völlig neuen Verhältnissen. Regierungssprecher Armin Grünewald "sprach die eindeutige Warnung aus, den Abschluss in dieser Höhe (10,8%) mit Signalwirkung (für andere Branchen) auszustatten. Eine solche Interpretation wäre bei den Bemühungen der Bundesregierung um ... Stabilität wenig hilfreich. Sollte es zu einer solchen Bewertung allerdings kommen, so ist mit neuen Überlegungen der Bundesregierung konjunkturpolitischer Art zu rechnen" (FR, 12.4.). Kurz: Kämpfen die Arbeiter gegen Preistreiberei und Inflation, so wird der Konjunkturzuschlag erhoben. Dieser Konjunkturzuschlag, ob man ihn Zwangsspargesetz oder Lohnsteuererhöhung nennen will, soll die erkämpften Lohnerhöhungen wieder im Rachen des Kapitals landen lassen.

Wirtschaftsminister Friedrichs spricht noch deutlicher: 'Eine Lohnwelle mit Schaumkronen geht über die Wirtschaft (wessen?!) hinweg... der Fortbestand der freien Ordnung ist mehr denn je gefährdet'.

**Diesen Fortbestand der freien Ausbeuterordnung zu sichern, werden von dieser sozialen Regierung entsprechende Massnahmen getroffen. Im neuen Bundeshaushaltsentwurf 1973: 450 000 DM für Munition der Bereitschaftspolizei gibt das Innenministerium aus. Vorjahr: 130 000 DM. Der Etat für den Bundesverfassungsschutz steigt um ein Drittel, für den Bundesnachrichtendienst um ein Fünftel, der Bundesgrenzschutz – die neue Bonner Bürgerkriegs-Spezial-Truppe – um ein Viertel. Der Rüstungshaushalt steigt wieder um mindestens zwei Milliarden. Die Bourgeoisie rüstet, auch das Proletariat muss sich für die kommenden Schlachten rüsten.**

**Heraus zum 1.Mai 1973 unter der Losung:**

**VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF**

**GEGEN DAS KAPITAL**

**UND SEINE**

**HANDLANGER!**


Drucker demonstrieren gegen das Lohndiktat

Wo Kampfbereitschaft unter den Arbeitern vorhanden ist, fangen Bosse und Bonzen an zu hetzen: Gegen 'Aufwiegler', 'Extremisten', Kommunisten. In der Druckindustrie begann es mit Hetzartikeln in der Unternehmerpresse und gleichermassen im DruPa-Zentralorgan gegen die Gewerkschaftsopposition.

Jetzt, nachdem durch den Streik im Druckgewerbe das Kampfbewusstsein der Kollegen noch weiter gestiegen ist, werden Bosse und Bonzen verstärkt zum Mittel der Entlassung gegen sogenannte 'Rädelsführer' greifen.

Dazu ein Artikel aus der 'Walze', Betriebszeitung der KPD/ML bei Stürtz (Würzburg):

## Denunziert Schäfer Kollegen?

Im Oktober 72 stellte der hiesige DruPa-Vorstand einen Ausschlussantrag gegen zwei DruPa-Kollegen. Sie standen im Verdacht, bei der KPD/ML zu sein. Bald danach wurde der eine Kollege gekündigt. Angeblich weil er zu langsam arbeite.

**Er suchte dann Arbeit bei 26 Würzburger Druckereien. Nirgends wurde er angenommen. Warum wohl? Sogar der Berufsberater am Arbeitsamt wunderte sich.**

Er ging dann zu Koenig&Bauer als Anlernling. Alsbald erfuhr die DruPa von seiner neuen Stelle und gab den 'Fall' an die IG Metall weiter. Bald merkte der Kollege, dass sich was zusammenbraute. Sein Meister machte Andeutungen: "Sie sind ja vorbelastet, Roter Morgen und so..." Nach den Wahlen zu den V-Leuten kam der V-Mann und sagte zu dem Kollegen: "Deine Stimme zählt nicht, weil gegen dich ein Verfahren läuft..."

**Eine Woche, bevor er zum Bund musste, wurde der Kollege gekündigt. Nur deshalb, weil sein Fall gerüchteweise bekannt war? Nein! Ein Betriebsrat erklärte dem Kollegen ganz offen:**

**"Schäfer und einer vom DruPa-Ortsvereins-Vorstand waren persönlich bei Koenig&Bauer und haben die auf dich aufmerksam gemacht."**

**So ist das also!**

**KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN!**




### BETRIEBSVERSAMMLUNG IM SIEMENS- SCHALTWERK WESTBERLIN:

"Alles war eigentlich wie erwartet. Direktor Kessler legte in salbungsvollen Worten dar, wie Siemens/Schaltwerk 'wettbewerbsfähig' bleiben will: Durch straffe Rationalisierung der Fertigung.

Betriebsratsbonze Hoffmann tischte uns die üblichen Flunkereien auf, wie er angeblich für unsere Interessen gekämpft haben will. In Wirklichkeit hatte der Betriebsrat - das wusste jeder - die Preiserhöhungen in der Kantine und bei den Automaten kampflos hingenommen. Und die Vertrauensleutewahlen hat er im Schaltwerk nie durchgeführt, sondern im Gegenteil systematisch unterbunden.

Das wurde ihm unter dem Beifall der Kollegen vorgehalten.

Das Neue an dieser BV war der Auftritt von Innensenator Neubauer.

**Er sprach hauptsächlich über 'innere Sicherheit'. Und was er da sagte, war eine unverblümte Drohung an die Arbeiterklasse.** In der Vergangenheit sagte er, habe die Polizei manchen Fehler bei der Bekämpfung von Demonstrationen gemacht. Deshalb müsse der Polizeiapparat jetzt 'reformiert' werden. Wie soll diese Neuordnung aussehen? Neubauer wörtlich: "Die Neuordnung geht von den Gegebenheiten und Realitäten aus. Es scheint ein Bedürfnis der Bevölkerung zu sein, die Polizei gegenwärtig zu haben. Von daher ist geplant, einen Beamten ständig in einem Bereich zu postieren, damit er ständig engen Kontakt zur Bevölkerung hat."

Das heisst also, an jeder Strassenecke sollen ein oder zwei Bullen herumlungern, die die Aufgabe haben, alles zu beobachten, weiterzumelden und bei Gelegenheit einzugreifen. So wie das früher beim berüchtigten Blockwartsystem der Hitlerfaschisten. Und das soll auch noch ein Bedürfnis der Bevölkerung sein?

Neubauer drohte weiter: "Wir wollen den Teil, der sich unserem Staatswesen nicht unterordnen will, möglichst gering halten. Aber wenn dieser Teil die Konfrontation will, soll er sie bekommen. Aber nicht dann, wenn er will, sondern wenn wir es wollen."

Das bedeutet im Klartext nichts anderes, als die Ankündigung einer grossangelegten Blitz-Säuberung der Stadt von allen, die den Neubauers und Konsorten gefährlich erscheinen.

Es gab diesmal noch keine Pfiffe oder Buhrufe. Aber viele Kollegen klatschen keinen Beifall. Sie waren still geworden und dachten nach."

## Der 1. Mai früher

### EIN BERLINER ARBEITER, 40 JAHRE BEI SIEMENS, ERZÄHLT:

**Zwei Genossen der Zelle Siemens Westberlin machten mit dem Altgenossen Helmut F., einem Sympathisanten unserer Partei, einen Treffpunkt in einer Kneipe aus. Er sollte über den 1. Mai von früher erzählen. Sie schrieben mit und legten ihm nachher das Geschriebene vor. Er freute sich darüber, dass ihn der RM wahrscheinlich drukken würde. Nur gekürzt müsse er werden, meint er.**

**Das mussten wir denn auch leider tun. Auf jeden Fall, vielen Dank Genosse Helmut, und einen kämpferischen 1. Mai in Westberlin!**

"Vor 33 war am 1. Mai 'ne Menge los. Wir marschierten durch halb Berlin, nicht auf einer vorher festgelegten Route wie heute, sondern meist wie es uns gerade einfiel. Ständig schlossen sich neue Arbeiter an. In unseren Reihen marschierten auch viele Schupos.–
Wir waren ja Nachbarn und kannten die Schupos vom Revier. Heute ist das anders, da macht einer, der in Moabit wohnt, in Zehlendorf Dienst usw. ..

Viele marschierten in der Uniform des RFB (Rotfrontkämpferbunds). Der SPD machten wir immer Einheitsfrontangebote, die aber von den Führern abgelehnt wurden. Aber die Massen standen bei uns. Sie liessen sich durch ihre Führer nicht vom roten 1. Mai abhalten.

Um 32/33 änderte sich alles. Die Führer der KPD – Thälmann, Torgler usw. – wurden verhaftet und später im KZ ermordet. Viele Arbeiter, denn bei der SA gab es Arbeit, kostenlose Kinderwägen usw., da schauen die Frauen natürlich drauf.

Als ich aus dem Knast kam, war kaum ein alter Genosse mehr da. Vorher war Moabit durch und durch rot, jetzt waren sie fast alle weg: verhaftet, getürmt oder übergelaufen. Unsere Kneipen gab es auch nicht mehr. Die Wirte wurden gezwungen, einen SA-Sturm hereinzulassen oder ihre Kneipe wurde kaputtgeschlagen.

Vor allem haben uns das die Sozialdemokraten eingebrockt. Ich sage immer (zu diesen SPD-Bonzen): Wenn ihr nicht den Buckel krumm gemacht hättet, damit der Adolf den Stiefel draufsetzen kann, wäre er nicht nach oben gekommen, dann wären auch Teddy und Breitscheid nicht draufgegangen... Aber die SPD-Führer lehnten ein Zusammengehen mit der KPD ab.

Unter Adolf, ich sage immer 'Adele', wurde der 1. Mai dann gesetzlicher Feiertag. Morgends mussten alle vor dem Betrieb antreten und dann gings zum Brandenburger Tor, unter Hakenkreuzfahne und mit blödsinnigen Liedern. Jeder musste mitmachen. Wer wegbliebt, erhielt erstmal den Tag nicht bezahlt, auch die 5 Mark Treueprämie kriegte er nicht, und oft wurde er politisch verfolgt, zur Wehrmacht eingezogen und aus dem Betrieb rausgeschmissen.

Als Siemens-Arbeiter war ich in der Bezirksgruppe Spandau (der SED), 1950 riefen wir die Siemens-Arbeiter zum roten 1. Mai heraus. Damals war die SED noch für die Wiedervereinigung, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Die Losung hat sie dann aber nach und nach fallengelassen. Auch die anderen Forderungen wurden immer rosaroter. Ich sage immer: Die können heute nach der Demonstration gut und gerne in die Kirche gehen. Was die heute am 1. Mai an Parolen bringen, das hätten wir uns mal bei Thälmann erlauben sollen. Die hätten uns was erzählt!

Ändern konnten wir daran nichts. Vor dem 1. Mai kam der Parteisekretär, legte die Anweisungen auf den Tisch, da und da gehen wir hin, wir treffen uns dort und dort, auf Wiedersehen. Wenn du widersprochen hast, warst du in jedem Fall der Doofe. Einmal hörten die sich das an und zweimal dann warst du unterm Tisch.

So ging das auch, als sie mich aus der Mitgliederliste strichen. Die haben mich nicht ausgeschlossen, mit Mehrheitsbeschluss und so, sondern einfach gestrichen. Als ich wissen wollte warum, sagte der Gruppenleiter: Helmut, du bist eben zu revolutionär. – Ich habe immer gesagt: Wenn ich das kommunistische Manifest durchlese, bleibt von Eurem Programm nichts mehr übrig...."

## Südbremse München:

# Warnstreik gegen Entlassung

**Bericht der Roten Garde München:**

**Die Kampfbereitschaft der Münchner Lehrlinge ist in den letzten Monaten gewachsen. Bei MAN erstreikten sich die Lehrlinge hundert Mark mehr, als die Bonzen für sie 'vorgesehen' hatten. Die Lehrlinge bei BMW, die sich mit ihnen solidarisierten, bekamen gleich ihre hundert Mark, so sehr fürchteten die BMW-Bosse einen Streik. Bei der Südbremse forderten die Lehrlinge vor einigen Wochen mit einer Unterschriftenliste ebenfalls hundert Mark mehr, 10 Minuten bezahlte Brotzeit und 3/4 Stunde Mittagspause.**

Betriebsleitung und Betriebsrat taten zuerst so, als sässen sie auf den Ohren. Dann schlugen sie blitzschnell zu: Peter W., Lehrling im ersten Lehrjahr, wurde gefeuert.

Den 'Tip' bekamen sie von Malthaner, einem Lehrer an Peters Berufsschule. Er rief bei der Südbremse an und forderte die Entlassung von Peter, "weil er ein Kommunist sei."

In der Lehrwerkstatt kochte es. Die Lehrlinge schickten eine Delegation zur Vertrauensleuteversammlung. Dort flogen sie aber hochkant wieder hinaus.

Die Lehrlinge marschierten weiter zum Betriebsrat. Hier bekamen sie zu hören, Peter sei ganz zu recht entlassen worden.

**Darauf trat ein Teil der Lehrlinge nach der Mittagspause in den Warnstreik. Sie forderten: Sofortige Wiedereinstellung von Peter W.!**

Am nächsten Morgen erschien ein Flugblatt der Roten Garde:

**SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON PETER W.!**

Die meisten Kollegen erfuhren erst jetzt von der Entlassung. Denn der Betriebsrat hatte natürlich alles totschweigen wollen. Jetzt, nach diesem Flugblatt, stand die Betriebsleitung Kopf. Immer noch war die 'Kommunistenbrut' nicht ausgerottet. Ein Rädelsführer musste her. Noch am selben Vormittag wurde Franz P. entlassen. Er habe die Lehrlinge am Vormittag zum Warnstreik aufgewiegelt'.

**Aber schon am Nachmittag musst er wieder eingestellt werden.** Plötzlich kamen nun die Vertrauensleute zu den Lehrlingen gelaufen, um 'Ruhe zu stiften''.

Am nächsten Tag erschien das zweite Flugblatt der Roten Garde. Es erschien nicht nur bei der Südbremse, sondern vor allen grossen Lehrwerkstätter in München und an den Berufsschulen.

**Der Kampf griff über: Die Lehrlinge von BMW wollen einen Streik gegen Malthaner organisieren. Der Kampf gegen Entlassungsterror bei der Südbremse geht weiter.**

# Conti: Kampfstimmung wächst

Am 3. und 4. April war bei den Continentalwerken in Hannover Belegschaftsversammlung. In einer Umfrage der Gewerkschaftsopposition bei Conti hatte sich gezeigt, dass die Mehrheit der Kollegen in dieser Tarifrunde einen wirklichen Kampf um mehr Lohn führen wollen. Viele unterstützen die Forderung nach 200 DM mehr und 1240 DM Mindestlohn.

Immer noch stehen eine Reihe von Kollegen auf der Rationalisierungsliste.

In dieser Situation versuchten es die Conti-Bosse mit der Schön-Wetter-Miene. Der neue Betriebsdirektor Dr. Hahn, ein Günstling der Deutschen Bank, wurde vom Betriebsrat als Heilmittel gegen alle Arbeitersorgen gepriesen. Und auch ein Redner der D'K'P bliess in das Horn: Gemeinsam das Conti-Wirtschaftswunder schaffen: Nichts Schlechtes dürfe jetzt über Continental nach aussen und innen verbreitet werden, damit der Name Continental wieder zu dem werde, was er war.

Der neue Chef, Hahn, war da schon offener als diese 'Arbeitervertreter'. Er sagte klar, was kommen soll: "Ich kann euch keine goldenen Berge versprechen, sondern weiterhin schwere und harte Arbeit."

In dieses widerliche allgemeine Schulterklopfen hinein sprach ein Kollege. Er zerpflückte die Lügenrede des Betriebsrates und sagte an die Adresse der IG Chemie-Bonzen, die in den ersten Reihen sassen: "Und auch diese 'Vertreter' sitzen da und machen das Spielchen mit."

Sofort sprang der Betriebsrat herbei und hetzte gegen die Leute, "die mit ihrer revolutionären Tätigkeit im Betrieb die Probleme mit Gewalt lösen wollen."

Eine solche Angst hatte das Bonzenpack vor der "zunehmenden revolutionären Tätigkeit" im Betrieb, dass sie es zu einer Diskussion über die Tarifrunde gar nicht erst kommen liessen. Ehe die Kollegen sich's versahen, war die Versammlung zu Ende. Wortmeldungen nicht mehr möglich.

Eine entscheidende Abfuhr, trotz aller Tricks, erlitten die Bonzen auf der Versammlung im Werk Limmer. Hier stellten die Lehrlinge entgegen den Vorschlägen des Jugendvertreters Forderungen nach 450 und 480 DM auf.

Die ganze Wut der auf der Versammlung übertumpelten Kollegen zeigte sich zwei Tage später im Werk Vamwald. Hier sollten plötzlich die Werte für die verschiedenen Reifengrössen heruntergesetzt werden. Empört drohten die Kollegen damit, dann die Maschinen abzustellen. Als die Meister sofort 'Gewalt' schrien, sagte ein Kollege: "Was heisst hier Gewalt. Gewalt ist, wenn ihr den Lohn kürzt. Dann müssen wir doch kämpfen."

# STREIK BEI VW

**Am Freitag, den 13.4., traten die Arbeiter des VW-Konzerns in Wolfsburg, Kassel, Salzgitter, Emden und Braunschweig in den Streik. Streikte am ersten Tag nur in Braunschweig die gesamte Schicht, so standen Samstag in allen Werken die Bänder still.**

**Der Streik richtete sich gegen die weitere Kürzung der Erfolgsprämie durch die Geschäftsleitung.**

Solange bei VW der Karren (Käfer) lief, solange man bei ihm Höchstprofite herausschlagen konnte, solange zeigte sich die Geschäftsleitung gegenüber den Kollegen noch einigermassen 'grosszügig'. – Trotz der Arbeitshetze. – Immerhin waren die Sozialleistungen bei VW die besten in der gesamten Automobilindustrie.

Mit dem Amtsantritt Leidings, des neuen VW-Chefs, wurde der Kurs schärfer. Leiding hatte bei VW do Brasil gelernt, die Ausbeuterpeitsche ohne Erbarmen zu schwingen. Auch die deutschen Kollegen bekamen sie zu spüren. 9000 Kollegen wurden im letzten Jahr entlassen. Die Erfolgsprämie wurde schon im letzten Jahr von vorher 8,3% auf 5,4% gekürzt. Eingespart wurden damit insgesamt 50 Millionen DM. Das aber war genau die Summe, die die VW-Herren als Konventionalstrafe an das Landgericht Heilbronn zahlen mussten, weil sie den Vertrag mit einem ihrer Importeure gebrochen hatten. Den Streit zwischen den Grossen mussten die Kleinen, die Arbeiter, bezahlen. Ihre Wut war gross. In Sprechchören riefen die Kollegen: "Hat kein Zweck ‚Leiding muss weg!"

Dieses Jahr nun soll es wieder nicht die alte Erfolgsprämie geben. Mit 6,5% sollen die Kollegen abgespeist werden.

**VW-Bosse und Gewerkschaftsbonzen fürchteten die Reaktion der Kollegen. Was soll denn auch Parteifreund Willy Brandt sagen, wenn gerade in seinen Parteitag die Antwort aus den Betrieben knallt. So protestierte die Gewerkschaftsführung vorsorglich gegen die Kürzung der Prämie, so wurden Verhandlungen für die Woche nach dem SPD-Parteitag angesetzt. Aber umsonst.**

Die Kollegen haben nicht vergessen, dass die Gewerkschaftsführung schon im letzten Jahr nur verständnisvoll zur Kürzung der Prämie nickte. **So taten sie das einzig richtige und traten in den Streik.** Gegen die Bonzen, die sich bereits vom Streik distanziert haben.

So drohte ein Mitglied des Betriebsrats bei VW in Hannover: Wer den Streik propagiert, fliegt raus. Streiken ist nicht erlaubt.

**Die Kollegen sagen: 'Gut, es ist das erste Mal, dass wir streiken. Aber unser Entschluss steht fest.' Die Abwieglungsversuche des Betriebsratsvorsitzenden Koch in Braunschweig wurden mit dem Ruf beantwortet: 'Wir bleiben hier!' Als im Werk Braunschweig einige Streikbrecher die Arbeit wieder aufnehmen wollten, besetzten die streikbereiten Kollegen das Band.**

## Aus einem DGB-Rundschreiben

**(Auszug aus einem internen Rundschreiben an DGB-Funktionäre)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der DGB-Bundesvorstand hat uns unter dem 27.11.1972 über den beabsichtigten Aufbau einer Roten Gewerkschaftsopposition das nachstehend wiedergegebene Schreiben zugeschickt:

"Das Bundesinnenministerium informiert uns über den beabsichtigten Aufbau einer Roten Gewerkschaftsopposition durch die 'Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten' (KP/ML) in der Bundesrepublik.

Einen uns übermittelten Aufruf zur 'Vorbereitung des ersten nationalen Treffens gewerkschaftsoppositioneller Gruppen' fügen wir als Anlage in Abschrift bei ..."

**RM: Wieder einmal zeigt sich der verkommene Charakter der DGB-Bonzen, die offen mit dem Verfassungsschutz (Innenministerium) zusammenarbeiten, wenn es gegen klassenkämpferische und kommunistische Gewerkschafter geht. Die revolutionäre gewerkschaftsoppositionelle Bewegung und ihre Organisierung wird weiter voranschreiten!**



**DAS BUNDESVERDIENSTKREUZ überreichte Polizei- und Bürgerkriegsminister Genscher in Bonn den Malteser-Helfern Monika Schwinn und Bernhard Diehl. Diese beiden Malteser haben sich verdient gemacht, als Sendboten des BRD-Imperialismus nach Vietnam, wo sie der Saigoner Thieu-Clique behilflich waren, für sie Spionage betreiben.
1969 gerieten sie in Gefangenschaft der Befreiungsstreitkräfte. Nach ihrer Freilassung machten sie sich wiederum dem Imperialismus verdient, indem sie die Lügen-Propaganda über angebliche Folterungen in Nordvietnam unterstützten. Polizeiminister Genscher erklärte anlässlich der Auszeichnung: Kein Orden der Welt könne den beiden Helfern die vier Jahre zurückgeben, die sie "unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten" worden seien.
Nieder mit den Bonner Komplizen der US-Völkermörder!**

## Revisionistisches

### MAIAUFRUF DER D'K'P:

### MITBESTIMMUNG FÜR MILLIONÄRE!

Mitbestimmung für Millionen gegen das Grosskapital, unter dieser Parole soll der diesjährige 'Kampfmai' der D'K'P-Revisionisten stehen. Kampfmai gegen das Grosskapital, hoppla, denkt man, wird die D'K'P plötzlich radikaler? Und wenn man dann auch noch liest: "Die Machtverhältnisse haben sich nicht verändert, auch unter einer SPD-geführten Regierung sind Arbeiterforderungen nur im Kampf durchsetzbar." Dann meint man doch ganz sanft und leise bei der D'K'P wieder Töne des Klassenkampfes zu vernehmen.

Aber die Sache hat einen Haken. Nämlich das Wörtchen Mitbestimmung. Damit hat die D'K'P die Notbremse eingebaut, um ein eventuelles 'Abrutschen' in Richtung Revolution zu verhindern. Also doch nicht so kämpferisch, sondern hinein in die Aufsichtsräte, hinein in den kapitalistischen Verwaltungsapparat. Wir wollen auch mitbestimmen - mitverwalten - mitdenken - mitverantworten, für den Kapitalismus, das ist der Kampfruf der D'K'P zum 1. Mai. Nein, nicht für den Kapitalismus, hört man da die Revis schon rufen, je mehr wir mitbestimmen, um so mehr drängen wir ja den Kapitalismus zurück. Das ist unsere Taktik, und wenn wir dann einmal mehr Sitze in den Aufsichts- und Verwaltungsapparaten erobert haben, dann werden wir den Kapitalisten sagen: Ätsch! Ihr habt euch getäuscht, wir wollten nicht in euren grosskapitalistischen Monopolen mitbestimmen, ihr werdet jetzt auf Mehrheitsbeschluss zersplittert und zurückgedrängt, wir wandeln jetzt um zum Sozialismus.

Das sind die Hirngespinste, die die D'K'P in die Arbeiterklasse hineintragen will. Wer aber Kampf sagt, der muss seinen Feind kennen. Wer das Kapital als seinen Klassenfeind kennt, der weiss, dass es niemals vor irgendwelchen Greueltaten und Terrormassnahmen zurückgeschreckt hat, wenn seine Macht durch die Arbeiterklasse bedroht war. Die Herren Professoren und Manager, die von den Industriebossen angestellt sind, sind doch auch nicht auf den Kopf gefallen. Die werden sich gerade nach 'demokratischen' Mehrheitsbeschlüssen richten, wenn es ihnen an den Kragen geht.

Nein, meine Herren von der D'K'P, das ist der Traum von solchen Scheinrevolutionären, die sich einen dicken Aufsichtsratsposten sichern wollen, und im dicken Sessel in den Sozialismus hinüberzuschlummern gedenken. Aber Kollegen, Genossen in der D'K'P, die ihr wirklich Kampf meint, dann müsst ihr einen Gedanken auch zu Ende vollziehen. Kampf heisst unversöhnlicher Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse, heisst weg mit den Aufsichtsräten und dem Staatsapparat, heisst Gewalt gegen die bürgerlichen Gewalttäter, heisst Tod allen Ausbeutern und Unterdrückern - kein friedliches Zusammensitzen im Aufsichtsrat. **Für solche Kollegen gibt es aber nicht den D'K'P und Gewerkschaftsführungsmai der Mitbestimmung. Für diese Kollegen ist der 1. Mai - der rote 1. Mai in den Reihen der KPD/ML, der Roten Garde, der Gewerkschaftsopposition und anderen revolutionären Kräften.**

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

## "Thieu - Henker aus Saigon - Raus aus Bonn ! "



Als Antwort auf die Provokation Heinemanns, den Massenmörder Thieu zu empfangen, wurde von Anti-Imperialisten das Bonner Rathaus besetzt. Die Komplizenschaft der westdeutschen Imperialisten mit der USA-Thieu-Clique in Saigon führte auch in vielen anderen Städten der Bundesrepublik zu Protestaktionen.

Thieu habe sich ja selbst eingeladen, Heinemann musste ihn 'höflichkeitshalber' empfangen. Heinemann habe ihn sogar auf die Folterungen in den Saigoner KZ's angesprochen. Heinemann habe auch im privaten Kreis gesagt: "Wenn die nordvietnamesischen Kommunisten hierherkommen würden, würde ich denen genau dasselbe sagen."

**Die ganze Verlogenheit der Bonner 'Friedensmänner' wird deutlich. Oberdemokrat Heinemann weiss genau, dass die angeblichen Folterungen in Nordvietnam reine Propagandalügen sind. Er weiss auch, warum keine nordvietnamesische Regierungsdelegation bei ihm erscheint: Weil die westdeutschen Imperialisten und ihre 'Friedensregierung' immer noch den Henker von Saigon diplomatisch anerkennen, und eben nicht die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams und die Regierung der DRV. Heinemann distanziert sich angeblich von Thieu wie auch von den 'Kommunisten'. Was Bonn aber einzig und allein praktiziert, ist die volle Unterstützung der US-Marionette Thieu!**

Mit dem Empfang in Bonn sollte das Thieu-Regime wieder diplomatisch aufgewertet werden. Was kaum eine kapitalistische Regierung wagte, – Bonn war zum Empfang bereit. –Warum? Darauf ging ein Flugblatt des Landesverbandes NRW der KPD/ML ein, das am Montag und Dienstag verteilt wurde: "Aus eigenem Willen kommt Thieu sicher nicht. Die US-Imperialisten haben die Hucke in Vietnam immer noch nicht genügend voll gekriegt. Nixon will mit aller Gewalt den Untergang seines Statthalters in Saigon verhindern. Dazu soll ihm sein treuer Bündnispartner Bundesrepublik behilflich sein."

Brandts Schweigen zum US-Bombenterror, Bonns Bereitschaft, für die 300 000 US-Soldaten in Westdeutschland noch mehr als bisher zu zahlen, die Unterstützung des Dollars durch die Bundesbank, die Unterstützung des Thieu-Regimes mit 160 Millionen DM, – all das zeigt die enge Komplizenschaft zwischen US- und BRD-Imperialismus. Und da behauptet Heinemann, alles sei nur 'diplomatische' Gepflogenheit."

Weltweite Empörung herrschte über die Empfänge Thieus in USA und Europa. In Rom bereiteten tausende Demonstranten dem Massenmörder und seinen Gastgebern einen heissen Empfang. In Frankreich demonstrierten Anti-Imperialisten vor westdeutschen Botschaften.

**In Deutschland selbst zeigte sich, dass der vielzitierte 'Antiamerikanismus' in der Bevölkerung in Wirklichkeit meist spontaner Anti-Imperialismus ist. Die Vietnam-Bewegung richtet sich nicht nur gegen den Faschisten Thieu, sondern auch gegen seine imperialistischen Hintermänner von Washington bis Bonn. Auf die Provokation des Thieu-Besuchs musste die richtige Antwort kommen.**

Die Augen der Welt und der deutschen Bevölkerung waren besonders auf Bonn gerichtet. 6 000 Anti-Imperialisten versammelten sich am frühen Dienstag-Morgen auf dem Münsterplatz. Viele waren die Nacht durch mit Autos, Bussen und Zug durchgefahren. Die Stimmung unter den Demonstranten und der Verlauf der Demonstration spiegelte die Kampfbereitschaft der anti-imperialistischen Bewegung wieder. "Thieu – Henker aus Saigon – raus aus Bonn" – 'Weg mit der Thieu-Botschaft!' – 'Hoch die internationale Solidarität!' und immer wieder: 'Nixon Mörder, Thieu Henker, Brandt Komplize!'

**Die Antwort auf die Heinemann-Provokation kam. Die Demonstration näherte sich dem Rathaus. Ein Teil der Demonstranten stürmte das Gebäude (die Thieu-Botschaft und das Palais Schaumburg waren leider zu gut bewacht), die Masse der Demonstranten schirmte ab.**

Während die Demonstration durch ihren kämpferischen Einsatz und Disziplin sich einen relativ verlustlosen Rückzug gegen die anrückende Polizei erkämpften, tönte der D'K'P-Lautsprecher auf dem Münsterplatz: "Wir distanzieren uns von dieser Aktion!" (Ebenso distanzieren sich die ausgemachten Opportunisten des NRF-Zirkelblocks, indem sie ihre spalterische Eigendemonstration fern vom Geschehen veranstaltete.

**Diese Rathausbesetzung war die richtige Antwort auf die Kriegsverbrecher und ihre Komplizen. Die offensichtlichen Versuche der USA-Thieu-Clique, das Vietnamabkommen endgültig zu zerreissen und ihre militärische Aggression wieder aufzunehmen, muss der entschiedenste Widerstand auch in unserem Land entgegengesetzt werden. Angriff auf die US-Imperialisten in unserem Land! Klassenkampf gegen seine Komplizen, den westdeutschen Imperialismus! Verstärkte Unterstützung des vietnamesischen Volkes! Hoch die internationale Solidarität!**

Die Bourgeoisie weiss, wie breit und rasch die anti-imperialistische Bewegung sich in der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen entwickelt. Sie versucht daher verzweifelt, mit einer masslosen Hetze gegen angebliche 'Politrocker' die kämpferischen Demonstrationen zu isolieren. Sie versucht, revolutionäre Organisationen zu verbieten. Schreiber, Polizeipräsident und Genscher-Berater, droht offen: "Es geht nicht mehr so vorsichtig zu, dass möglichst kein Blut fliesst."

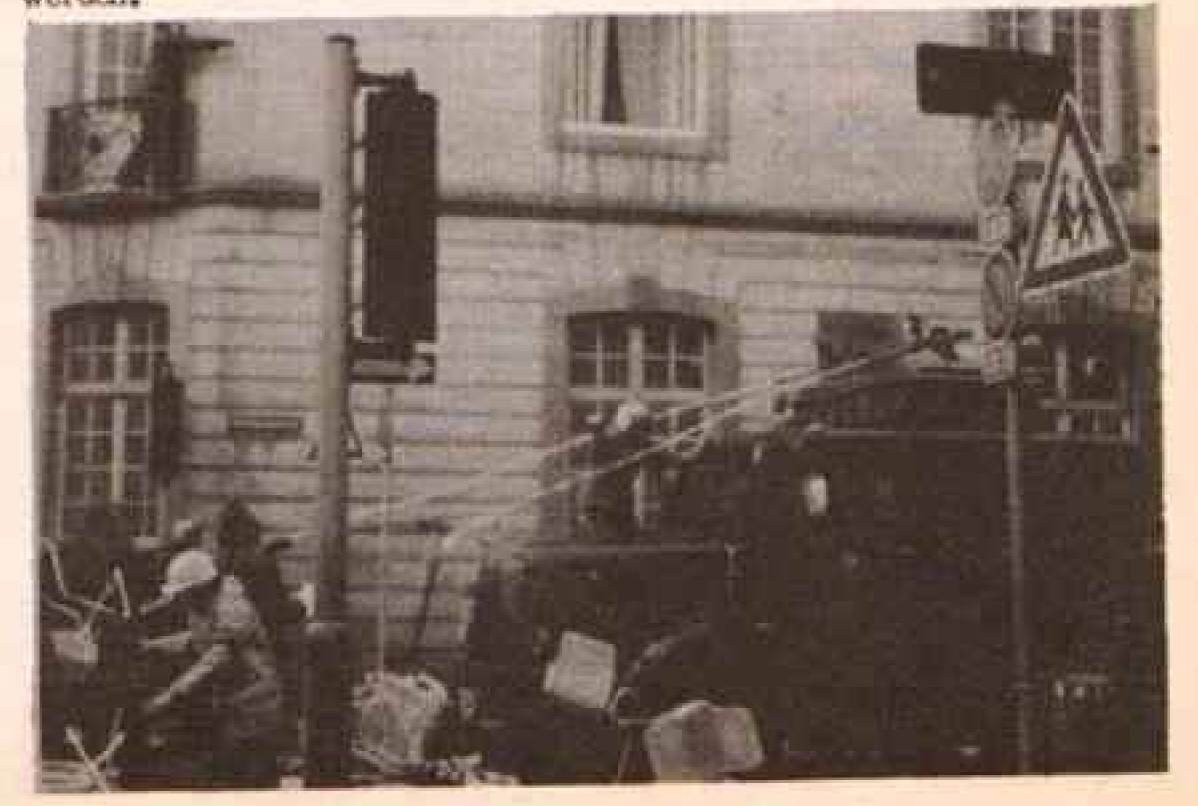
Thieu – Henker aus Saigon – Raus aus Bonn!

Mit der verschärften Unterdrückung soll der Widerstand gegen die Fortsetzung der US-Kriegsverbrechen in Indochina verhindert werden.

Dabei stellen diese Unterdrückungsmassnahmen nur einen Teil der konterrevolutionären Massnahmen der Bourgeoisie dar. Nicht nur die Vietnambewegung soll unterdrückt werden, vor allem auch die anschwellenden Bewegungen gegen Lohnraub, Teuerung, gegen Mietelend, gegen die Militarisierung usw., die laufend grössere Teile der Arbeiterklasse erfassen, sollen niedergehalten werden.

**Kampf gegen die politische Unterdrückung, das steht in der zentralen Maiparole der KPD/ML. Machtvolle Rote Maidemonstrationen müssen der Bourgeoisie beweisen, dass sich die Bewegung gegen die imperialistischen Völkermörder, gegen Ausbeutung, auch durch verschärften Terror, nicht aufhalten lässt.**

Die KPD/ML und andere Organisationen riefen zu Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin auf. Entsprechend der Breite der Empörung in der Bevölkerung mussten hier neue Kräfte mobilisiert und organisiert werden.



# UNTERSTÜTZT DEN FREIHEITSKAMPF VIETNAMS!

## Spendenaktion Berlin Charlottenburg

**Entsprechend dem Aufruf des Präsidiums, 30 000DM für einen Kindergarten in Nordvietnam zu sammeln, ging die Stadtteilzelle Berlin-Charlottenburg an die Arbeit. Am Freitag und am ersten verkaufsoffenen Samstag im April nahmen sie die Sammelbüchsen in die Hand.**

Da in Charlottenbrug die anti-imperialistischen Vietnamausschüsse schon öfters gesammelt hatten, war der Bevölkerung schnell klar, dass auch hier wieder nicht für die Thieu-Clique gespendet werden sollte. Während der Sammlung zeigte sich:

Die Spendenbereitschaft ist gross. Nur haben immer noch viele Zweifel, ob das Geld auch in die richtigen Hände gelangt. Kein Wunder, hat nicht zuletzt der Thieu-Besuch in Bonn wieder deutlich gemacht, dass die Spendenaufrufe der Bourgeoisie vor allem zur Unterstützung der Mörderclique in Saigon dienen.

Viele griffen aber auch gleich zur Geldbörse, als sie sahen, dass das Geld für die DRV bestimmt ist. Ein Arbeiter meinte dabei resignierend: "Für einen Kindergarten? Den zerstören sie ja doch gleich wieder." Entsprechend meinte eine andere Passantin, man solle lieber für Waffen sammeln.

Wir erklärten, dass der Wiederaufbau des Landes, gerade ein harter Schlag gegen den Imperialismus ist, dass der Wiederaufbau auch eine Form des Kampfes darstellt. Schliesslich haben die US-Killer mit ihrer "Strategie der verbrannten Erde' und dem "Zurückbomben in die Steinzeit' gehofft, den heldenhaften Freiheitswillen des Volkes zu brechen, indem es physisch ausgerottet wird. Das ist gründlich misslungen. Die vietnamesischen Genossen baten uns daher auch vor allem mitbeizutragen, dass nach dem grossen militärischen Sieg auch das Wiederaufbauwerk voranschreiten. Die Waffen wird das Volk selbstverständlich niemals aus der Hand legen; der ständige Bruch des Vietnamabkommens durch die USA-Thieu-Clique beweist, wie richtig das ist. Die DRV und die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams halten an der Volksbewaffnung fest; bei unserer materiellen Unterstützung gehen wir natürlich von den Wünschen der vietnamesischen Genossen aus.

Am Freitag stand unser Arbeitertreff ebenfalls unter dem Thema Vietnam. Ein älterer Genosse, der in den 50-er Jahren von den Franzosen zum Vietcong aus politischer Überzeugung gegangen war, berichtete über seine Erfahrungen. Er hatte Briefmarken aus Vietnam, Brieföffner usw. aus abgeschossenen US-Flugzeugen, Bilder und ähnliches zum Verkauf mitgebracht, wobei der Erlös in die Sammelbüchse wanderte. So kamen insgesamt 150 DM zusammen. Ein erster Erfolg, dem noch grössere folgen werden. Auf einer Filmveranstaltung nach dem 1. Mai wird ebenfalls zugunsten des Kindergartens gesammelt.

| | | |
|---|---|---|
| Bisher insgesamt | | DM [illegible] |
| 2.4. | [illegible] | 200,– |
| 3.4. | Kiel | [illegible] |
| 3.4. | Kiel | 100,– |
| 06.4. | W.K., Essen | 010,– |
| 10.4. | Dortmund | 010,– |
| 10.4. | [illegible] | 030,– |
| 10.4. | Aktion "Kindergarten", Westberlin | 170,– |
| 10.4. | Aktion "Kindergarten", Westberlin | 120,60 |
| 12.4. | Rote Garde [illegible] | 100,– |
| 12.4. | N.A., Witten | 005,– |
| 12.4. | München | 033,54 |
| 14.4. | [illegible] Gelsenkirchen | 042,– |
| Insgesamt: | | 6 730,42 |

# "Lasst heisse Tage im Sommer sein"

## Bericht eines Teilnehmers der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin 1951

**"Laßt heiße Tage im Sommer sein", so hieß es in einem auf den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin viel gesungenem Lied. Und es waren heiße Tage, damals im Jahre 1951, als wir noch eine revolutionäre, Kommunistische Partei Deutschlands, eine revolutionäre Jugendorganisation, die Freie Deutsche Jugend (FDJ) hatten. Es war eine Zeit scharfer Klassenkämpfe. Knapp sechs Jahre seit Kriegsende waren vergangen. Noch waren die Narben, die der Bombenterror in das Antlitz der Städte geschlagen hatte, nicht vernarbt. Noch hausten Millionen in Primitiv-Unterkünften, in Baracken und Nissenhüttenlagern. Da bereitete der westdeutsche Imperialismus sein Comeback vor, trieb die Adenauer-Regierung die Wiederaufrüstung voran.**

Die Partei antwortete mit einer Gegenoffensive. Am 28.1.1951 stellte die westdeutsche Friedenskonferenz in Essen die Forderung nach einer 'Volksbefragung gegen Remilitarisierung und den Abschluss eines Friedensvertrages* mit Deutschland im Jahre 1951' auf. Diese Volksbefragung wurde zu einer Massenaktion. Während die Volksbefragung in der DDR legal durchgeführt wurde, und eine Zustimmung der Bevölkerung von über 95% erbrachte, wurde sie in Westdeutschland vom ersten Moment an durch die Polizei der Adenauer-Regierung behindert. Trotzdem ging es Schlag auf Schlag. Auf Veranstaltungen, in vielen Betrieben, auf Betriebsversammlungen sprachen sich die Arbeiter, sprachen sich Betriebsräte und Jugendvertreter spontan bei der Abstimmung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages 1951 aus.

Eine aktive Kraft bei der Befragungsaktion und in den anderen revolutionären Kämpfen war damals die FDJ. Die Insel Helgoland diente zu der Zeit noch der britischen Luftwaffe als Bombenziel. In der Nacht zum 23. Februar 1951 bestiegen junge Patrioten, FDJler, Sportler, Studenten, Jungfischer, in Büsum und anderen Häfen die Kutter. Bei Nacht und Nebel ging es hinüber. Als am Morgen des 23. die Sonne über Helgoland aufging, hielten sie die Insel besetzt, sodass die Tommys keine Bomben werfen konnten. Auch der Kampf gegen die Besatzungstruppen des USA-Imperialismus wurde von der FDJ mit grossem Elan geführt. Überall an den Wänden und Mauern leuchtete die Parole 'Ami go home'.

Die antimilitaristische Massenbewegung erschreckte die Adenauer-Regierung. Solange ihr revolutionärer Kern, die KPD und ihre Jugendorganisation, die FDJ, nicht zerschlagen waren, konnte man an eine erfolgreiche Remilitarisierung und Wiederbewaffnung nicht denken. So handelte man entsprechend: Am 24. April 1951 erfolgte das offizielle Verbot der Volksbefragung. Sie wurde trotzdem weitergeführt. Schlagartig wurden von uns ganze Strassenzüge befragt. Bevor die Polizei eintraf, waren die Aktionen zumeist beendet. Nur selten konnte die Polizei Verhaftungen vornehmen und die Urnen beschlagnahmen. Das Ergebnis: Von 9 Millionen trotz Verbot befragten westdeutschen Bürgern stimmten rund 90% gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss des Friedensvertrages noch im gleichen Jahr.

**Am 26.6.1951 erfolgte dann das Verbot der FDJ. Am 11. Juli 1951 wurde im Bundestag das erste politische Sonderstrafgesetz, das 'Blitzgesetz' (sogenannt wegen seiner schnellen Verabschiedung) durchgepeitscht. In diesem Gesetz – das auch heute noch gilt – wurden eine Reihe Nazi-Gesetze zur Verfolgung von Antifaschisten übernommen. Es wurde eine politische Gesinnungsjustiz geschaffen und analog den Sondergerichten Hitlers politische Strafkammern eingerichtet. Auf Grund dieses Gesetzes wurden von 1951 bis 1961 rund 200 000 politische Ermittlungsverfahren eingeleitet, die rund 500 000 Bundesbürger betrafen. Dieses Gesetz wird heute von der Bourgeoisie zunehmend gegen die Genossen unserer Partei und ihrer Massenorganisationen angewandt.**

In diese Zeit des verschärften Terrors fielen die Vorbereitungen zu den III. Weltfestspielen, die in der Zeit vom 5. bis 19.8.1951 in Ostberlin stattfinden sollten. Kein Verbot und kein Terror konnten die FDJ-ler und die jungen Genossen der KPD davon abhalten, diese Weltfestspiele entsprechend ihrer grossen Bedeutung vorzubereiten. Zwar waren unsere Jugendbüros von der Polizei versiegelt, doch auch illegal gingen Vorbereitung, Organisierung und Anmeldung zügig voran. Schliesslich waren es 35 000 Jugendliche, Jungen und Mädchen, die an den Spielen teilnehmen wollten, die über die Grenze gebracht werden mussten.

**Man muss sich die damalige Lage vergegenwärtigen. Während heute eine Mauer durch Berlin geht, während die DDR ihre Grenze zur Bundesrepublik hermetisch mit**



**Als die DDR noch sozialistisch war...: Bonner Polizei versucht westdeutsche Jugendliche, die aus der DDR zurückkehren, festzuhalten.**



**Eine Beamtin der Bonner Lehr-Polizei durchsucht eine westdeutsche Friedenskämpferin nach Aufklärungsbroschüren, die sie von den Weltjugendfestspielen 1951 mitbringt. Heute ist die revisionistische Propaganda der DDR-Führung völlig gefahrlos für die westdeutschen Revanchisten geworden. Verfolgungsmassnahmen richten die Staatsorgane heute nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in der DDR, gegen die Marxisten-Leninisten, die konsequentesten Friedenskämpfer.**

**Stacheldraht und Minen absichert, damit ihre Bevölkerung, die Arbeiter und Bauern, nicht davonlaufen, war es damals gerade umgekehrt. Westdeutsche Polizei musste die Grenzen zur DDR sichern, um zu verhindern, dass die Jugendlichen zu den Weltfestspielen nach „drüben gingen. Die DDR, der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden, besass – obwohl es ihm wirtschaftlich schlechter ging – eine gewaltige Anziehungskraft auf Millionen von Bundesbürgern. Auf ihn richteten sich die hoffnungsvollen Blicke der westdeutschen Arbeiterklasse.**

Nichts aber, keine Polizei, kein Grenzschutz, keine Grenzstreifen, konnten uns daran hindern, nach drüben zu gelangen. Tausendfältig waren die Tricks, die wir anwandten. Genossen, die in den grenznahen Bereichen wohnten, wurden als Grenzführer eingesetzt. Zu Hilfe kam uns, dass eine herrlich warme Sommerzeit herrschte. Zuerst hatte es mit dem Rüberkommen durch massive Durchstösse noch geklappt. Aber dann verschärften sich die Kontrollen. Überall Streifen. Wenn sie welche von uns erwischten, luden sie sie auf LKW, fuhren sie 100, 200 km ins Land und liessen sie in einer einsamen Gegend frei, von wo man schlecht wegkam. Damals gab es noch wenig Autos, mit denen man als Anhalter mitfahren konnte.

Aber Not macht erfinderisch: Der Kapitän des Trave-Dampfers wundert sich über seine jungen vielen Fahrgäste. Dann legt er ab. Die Bordkapelle spielt. Eine Ausflugsfahrt wie jede andere? Alles sieht danach aus. Die Trave bildet streckenweise die Grenze zur DDR. Als sich der Ausflugsdamper der Grenze nähert, schauen die Ausflügler interessiert hinüber. Besonders die Jungen zeigen ein lebhaftes Interesse und haben sich fast vollzählig an der der DDR zugewandten Bordseite versammelt. Plötzlich steigt ein junger Mann auf die Reeling. Ein Sprung, ein Plumps, er schwimmt im Bach. "Mann über Bord" will ein Stewart schon rufen, da stockt ihm der Atem. Zwei, drei, zehn, zwanzig, dreissig, ..., folgen dem ersten Springer und hüpfen über Bord. Der Kapitän hat 2 Drittel seiner Passagiere verloren, die jetzt munter dem DDR-Ufer zuschwimmen, wo sie von den Grenzern der DDR lachend in Empfang genommen werden.

Es ist Nacht. Durch die schleswig-holsteinischen Wälder zur DDR zieht ein Trupp. 50 bis 60 junge Menschen, Jungen und Mädchen und Junge Pioniere dabei. Zwei Tage hat man schon warten müssen. Jetzt endlich ergibt sich eine Gelegenheit. Der Führer der Gruppe hat die Grenze erkundet. Es ist alles in Ordnung. Trotzdem herrscht absolute Stille. Schweigend zieht der Trupp durch die Nacht. Über Wiesen, durch Wälder. Den Kleinen fällt es oftmals schwer, mitzuhalten. Die Älteren helfen ihnen. Da, plötzlich, der Lichtschein einer Taschenlampe. Zwei Polizisten. Sie nähern sich langsam. Der Trupp erstarrt. Haben sie etwas gemerkt? Erleichtertes Aufatmen, sie gehen vorüber. In zwanzig Minuten ist man an der Grenze. Ein neues Hindernis. Der Grenzfluss. Nicht breit, aber mannstief. Die Jungen versuchen es, sie kommen durch. Die Mädchen folgen. Aber die Kleinen? Da, Stimmen. Fremde Laute. Sie kommen näher. **Sowjetsoldaten. Sie erkennen die Situation. Ein paar Worte hin und her. Sie legen ihre Waffen ab und steigen in den Fluss. Bilden eine Reihe. Die Mittleren sehen noch gerade aus dem Wasser heraus. So bilden sie eine lebende Brücke und reichen von Arm zu Arm weitergebend die Kleinen herüber. Deutsch-sowjetische Freundschaft. Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk.**

Der Zug setzt sich langsam in Bewegung. Die Lokomotive zischt und schnauft. Es ist eine Nebenstrecke in Hessen. Sie hat eine Besonderheit. Sie führt ein paar Kilometer durch das Gebiet der DDR. Natürlich halten die Züge hier nicht. Heute ist der Zug überfüllt. Der Kontrolleur wundert sich über die vielen Jungen und Mädchen. Das hat er noch nicht erlebt. Ahnt er etwas? Zu spät. Der Zug hat die Grenze zur DDR passiert. Und dann läuft alles nach Plan. Zwei, drei, ziehen gleichzeitig die Notbremse. Der Zug kommt zum Stehen. Ein paar hundert steigen aus. Niemand denkt daran, die 50,– DM Strafe, für die missbräuchliche Benutzung der Notbremse zu zahlen. Sie sind da. In der Heimat der Werktätigen.

Hunderte Beispiele. Jedes anders. Es gibt nichts, was die Jugendlichen hindern könnte, nach drüben zu fahren. Es ist der 3. August. Es wird Zeit. Ich versuche es mit einer kleinen Gruppe von 8 Mann in Lübeck. Wir fahren mit der Strassenbahn bis zum Grenzübergang in Richtung Herrenburg. Die Kontrollen sind beträchtlich verschärft. Kaum ein Durchkommen. Rechts vom Schlagbaum ein Barackenlager. Die Genossen wollen versuchen, hier nach drüben zu kommen. Ich soll den Polizisten am Schlagbaum ablenken und dann versuchen, allein ihnen zu folgen. Ich gehe auf ihn zu und verwickle ihn in ein Gespräch. Die anderen sind inzwischen zwischen den Baracken verschwunden. Der Bulle ist misstrauisch. Ich provoziere ihn mit der Frage, ob er wüsste, dass drüben die Weltfestspiele sind und wie man dahinkommen könne. Ich hätte gehört, dass hier laufend welche illegal nach drüben gingen. Dabei schiele ich zur Seite und sehe, wie die Genossen hinter der Baracke hervorkommen und auf die Grenze zulaufen. Jetzt sind sie fast drüben. Da sage ich zu dem Posten: Da, sehen sie mal, da laufen gerade welche rüber. "Wo", sagt er, dreht sich um und schaut hinüber zu den Jugendlichen, die inzwischen die Grenze erreicht haben. Ich nutze die Gelegenheit. Bücke mich unter dem Schlagbaum hindurch und renne, was ich kann, auf die Demarkationslinie zu. Bevor er sich umdreht, bin ich schon 80 m weg. "Halt", schreit er, "stehenbleiben!", "Zurückkommen"! Ich denke nicht daran. Und dann bin ich schon drüben. Der Grenzer: Anerkennung, das war 'ne Leistung.

(Fortsetzung folgt)



**Szenen aus dem Film: 'Zum Kampf bereit!'**

**Der Film wird zu diesem 1. Mai uraufgeführt. Er wird auf mehreren Maiveranstaltungen in Westdeutschland und Westberlin zu sehen sein. Agit-Prop-Trupps können das Textheft zum Film bestellen:**

**Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**
**2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**



# Sieg im Kieler Kommunistenprozess

**Kiel (RM). Zuschauer und Genossen drängten sich im Raum 112 des Kieler Amtsgerichts. In Anbetracht der weiteren auf uns zukommenden Prozesse forderte unser Rechtsanwalt Mairgünter die anwesenden Kollegen, Kommilitonen und Genossen auf, aufmerksam die Klassenjustiz im Gerichtssaal selbst zu studieren, auf Öffentlichkeit zu bestehen und nicht voreilig die Räumung des Saales des Schöffengerichts zu provozieren.**

Der Richter verlas die Anklageschrift gegen den Genossen W.W.: "...durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland ... beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben..." (siehe RM 12/73).

Alsdann wurden die 'Zeugen' aufgefahren. Bezeichnend allein die Auswahl: Ein Werkschutzmann der HDW-Werft, ein Polizist, zwei Polizei-Spitzel. Ihre Aussagen waren geradezu lächerlich. Der Werkschutzmann wusste zu berichten, dass vor der HDW sehr viele Flugblätter verteilt werden und das Flugblatt zum politischen Mord an Thomas Weisbecker sicherlich auch dabei war; und der Polizist hatte auch ein Flugblatt vom Werkschutzmann erhalten. Mehr wussten sie nicht, gaben ihre Kontonummer ab (Spesen!) und verschwanden. Schliesslich stellte noch ein Fachmann stolz fest, dass das Flugblatt gegen den Mord an Thomas Weisbäcker auf einer Schreibmaschine des Asta getippt worden war.

**Insgesamt sehr enttäuschend für den Staatsanwalt. Auch Richter Hertz konnte sich nur noch bemühen, jede politische Stellungnahme des Angeklagten zu unterdrücken. 'Hertzchen' verschwand zur Beratung, aber der Genosse sprach zu den Zuschauern immer weiter und charakterisierte das Vorgehen der Klassenjustiz.**

Dem Staatsanwalt blieb letztendlich nichts übrig, als Freispruch zu fordern. Der Rechtsanwalt zeigte nochmals das totale Scheitern des Einschüchterungsversuchs auf. Der Genosse wurde freigesprochen. Ein guter Auftakt für die beginnende Kieler Prozesslawine. Am 24.4. ist der nächste Prozess gegen den Genossen R.St.

# ERKLÄRUNG

Auf einer Funktionärskonferenz der zerfallenen Spalterorganisation 'Rote Fahne Bochum' stellte eine Mehrheit von bolschewistischen Kräften fest, dass der finanztechnische Apparat dieser Organisation nur für das Proletariat und seine Partei, die KPD/ML, erhalten und gesichert werden muss. Darüber haben die Zirkelführer der GRFB ein grosses Geschrei erhoben. Die GRFB-Zirkler haben sich sogar angestrengt, ein 'Extrablatt Rote Fahne' zu diesem Zweck erscheinen zu lassen, in dem sie auf entstellende Weise allerlei Beschuldigungen erheben.

Die bolschewistischen Kräfte der ehemaligen GRFB werden dazu noch eine ausführliche Erklärung abgeben.

Die Partei hat keinen grossen Raubzug getan, wie es die Zirkler darzustellen versuchen. Sondern sie hat die von den Genossen der ehemaligen GRFB erarbeiteten Einrichtungen ihrer revolutionären Bestimmung erhalten (und einen gewaltigen Schuldenberg mit übernommen). Die Partei ruft deshalb alle auf, die Schulden an diese ehemaligen Einrichtungen der GRFB haben, diese Schulden baldmöglichst zu bezahlen. Diese Einrichtungen und die dafür haftenden Genossen müssen vor dem Zugriff der Bourgeoisie bewahrt werden.

## D'K'P-Führer in Dortmund:

# Mit Schlagringen gegen Antifaschisten

In Dortmund veranstaltete die D'K'P eine Demonstration unter der Parole: **Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb!**

Für wessen Demokratie die D'K'P-Führer kämpften, konnte hier jeder sehen. Zum Beispiel unterstützten viele Demonstranten in Dortmund die Demonstration gegen den Faschisten Thieu in Bonn. Im Verein mit der bürgerlichen Presse hetzten nun die D'K'P-Führer gegen die 'Schläger von Bonn'.

**Und dann zeigte sich, wo die Schläger wirklich stehen.**

Mit Schlagringen gingen die D'K'P-Ordner auf Genossen der KPD/ML los, aber auch auf Mitglieder des Dortmunder Solidaritätskomitees, die Flugblätter verteilten, in denen zur Solidarität mit zwei Antifaschisten aufgerufen wurde, die angeklagt sind, weil sie einen Faschistentreff verhindert hatten (siehe RM Nr.14).

**Offen wurde von der D'K'P-Führung die Parole ausgegeben: Einzelne provozieren, dann mit der Polizei zusammen gegen sie vorgehen.**

Eine solche offene Zusammenarbeit mit dem Gewaltapparat der Bourgeoisie erzeugte grosse Empörung. Aber durch diese Provokation der D'K'P-Bonzen wuchs das Interesse für die Arbeit des Solidaritätskomitee und der KPD/ML. Der Verkauf von 150 Roten Morgen ist ein Zeichen dafür.

## KJVD aufgelöst! Vorwärts mit der ROTEN GARDE!

# Revolutionäre Jugend – einig!

**Der KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) war spalterisch von Führern der Gruppe 'Rote Fahne' Bochum gegen die KPD/ML und ihre Jugendorganisation, ROTE GARDE, geschaffen worden. Mitte April fand jetzt die letzte Bundesdelegiertenkonferenz des KJVD statt, auf der beschlossen wurde, die Organisation aufzulösen und den Mitgliedern zu empfehlen, die KPD/ML und die ROTE GARDE zu stärken.**

In einer von der Delegiertenkonferenz verabschiedeten Erklärung wird zunächst auf die Gründung der KPD/ML 1968 als einem "absolut notwendigen und richtigen Akt" hingewiesen. Notwendig – und richtig, weil die bestehende kommunistische Partei (die KPD) revisionistisch entartet war – weil aus dem Kampf gegen die revisionistische Linie in der KPD, aus dem Zusammenschluss der damals bestehenden marxistisch-leninistischen Organisationen und Kräfte, auf der Grundlage der 'Grossen Polemik' (der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus) und ihrer Anwendung auf die hiesigen Verhältnisse (Grundsatzerklärung) die KPD/ML geschaffen wurde.

"Es war und ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten in Westdeutschland, sich mit der Gründung der KPD/ML auseinanderzusetzen, wer sie ignoriert und verantwortungslos neue 'Parteien' und Zirkel gründet, handelt bewusst spalterisch und schadet der Sache der Revolution in Westdeutschland."

Unter 2. heisst es:

"Die Spaltung der KPD/ML durch das spätere ZB diente von Anfang an dem Aufbau einer Organisation, die gegen die Partei, zur Spaltung und zur Verwirrung der Arbeiterklasse aufgebaut wurde. Sie fand auf einer rechtsopportunistischen Plattform statt, die den Marxismus-Leninismus verdrehte, seine Allgemeinheit verneinte, den Vorhutcharakter der Partei (gerade auch in der Frage der Jugendorganisation) leugnete und eine reformistische und ökonomistische Taktik zur Generallinie der GRFB machte. Diese Plattform der Spalter war der erste Schritt auf dem Weg der ZB-Organisation, einem Weg der Verfälschung des Marxismus-Leninismus, seiner Versöhnung mit dem modernen Revisionismus.

Demgegenüber hat die Partei in der Plattform des ZK den Vorhutcharakter der Partei hochgehalten (gerade auch in der Frage der politisch-ideologischen Führung der Jugendorganisation), hat die Vorrangigkeit des ideologischen Parteiaufbaus vor dem organisatorischen verteidigt. Die Plattform enthielt schwere liquidatorische Fehler, die aber in der Folge korrigiert wurden und keinerlei Grund zu einer prinzipienlosen Spaltung boten. Diese linksopportunistischen Fehler wurden von den Spaltern in demagogischer Weise ausgenutzt, wobei sie von Anfang an nicht vom Willen zur Einheit, zur Korrektur von Fehlern, vom Willen zur Stärkung der Partei ausgingen, sondern in trotzkistischer Weise die Unkenntnis und die berechtigte Kritik vieler Rotgardisten, ihren ehrlichen Willen zum Klassenkampf, zur Verbindung mit der Arbeiterklasse, für ihre spalterischen Ziele ausnutzten."

Im folgenden wird auf die Fortsetzung der Linie des ZB eingegangen und dagegen gehalten, wie die KPD/ML die korrekten Prinzipien verteidigt hat und weiter fortgeschritten ist.

"4. Von daher gibt es nur einen Weg der praktischen Korrektur der Fehler der ZB-Organisation: Die Einheit in der KPD/ML unter ihrer Führung in der ROTEN GARDE.

Wir haben auch gerade aus den Erfahrungen der ZB-Organisation verschiedene Fragen und Kritiken zur Politik und zum Parteiaufbau der KPD/ML. Wir meinen aber, dass diese Fragen in der KPD/ML und der Roten Garde und unter ihrer Führung und im Rahmen des demokratischen Zentralismus geklärt werden können. Wir werden auch gerade und deshalb alle Ansichten besonders scharf bekämpfen, die getragen von einer berechtigten Empörung über die ZB-Politik jetzt liquidatorische Schlüsse ziehen."

Ferner heisst es:

"Wir rufen alle Genossen dazu auf, jetzt aus dem Weg der ZB-Organisation nicht falsche und versöhnlerische Lehren zu ziehen. Hierbei verurteilen wir noch einmal insbesonders folgende Ansichten:

– die Ansichten, die nicht vom ideologischen Kampf, vom Klassenkampf und von der notwendigen Entwicklung einer Partei (und ihrer Kinderkrankheiten) ausgehen, sondern in idealistischer und bürgerlich-zweifelnder und passiver Weise eine blitzsaubere Partei fordern;

– die Ansichten, die zwar in Worten die Gründung bejahen, hieraus aber in liquidatorischer Weise keine Konsequenzen ziehen und die Existenz der Partei leugnen.

– die Kritelei an einzelnen linken und rechten Fehlern der Partei, ohne in der Partei und der RG positiv und solidarisch dagegen mitzukämpfen;

– die Ansicht, eine 'prinzipienfeste Einheit auf höherer Ebene' herstellen zu müssen. Liquidatorisch gehen diese Genossen davon aus, die ideologische Einheit abseits der Klassenkämpfe und ohne die Führung der Partei herstellen zu können;

– die Ansicht, die den Blick nicht auf die revolutionäre Zukunft richtet, in verbohrter und unverantwortlicher Weise keine Konsequenzen aus der ZB-Politik zieht, ja sogar ihr nachtrauert und in der einen oder anderen Form eine neue ZB-Organisation aufbauen will.

... (Der) Schritt der Auflösung des KJVD hat für die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung Westdeutschlands eine ausserordentliche Bedeutung. Wir werden von jetzt an als Mitglieder der Roten Garde und Sympathisanten der KPD/ML einen verschärften Kampf aufnehmen gegen das Spaltertum verschiedener anderer Organisationen und Zirkel...

Zum Schluss heisst es zu den praktischen Konsequenzen:

"a. Die BDK (Bundesdelegiertenkonferenz) beschliesst die Auflösung der Spalterorganisation KJVD und übt öffentlich Selbstkritik vor der Arbeiterjugend, der Partei und allen Revolutionären ausserhalb der Partei.

b. Unter Führung der RG ist es die Pflicht aller KJVD-Genossen, vor der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend Selbstkritik für unsere bisherige spalterische und falsche Politik zu leisten. Wir werden das in der Betriebszeitung, auf Veranstaltungen und in der mündlichen Agit-Prop anhand der konkreten örtlichen und betrieblichen Erfahrungen mit der ZB-Politik tun.

c. Das gesamte Eigentum des KJVD geht in Eigentum der Roten Garde über."

**Die Resolution endet mit Losungen wie: Verteidigen wir den Marxismus-Leninismus gegen Opportunismus und modernen Revisionismus! Vorwärts mit der Roten Garde! Stärken wir die Partei, das höchste Gut und die wichtigste Waffe des westdeutschen Proletariats! Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie! Für die Diktatur des Proletariats!**

## Letzte Meldung: DER HETZKAMPAGNE FOLGEN TATEN!

**15.April: In Bonn und Düsseldorf wurden die Büros des Nationalen Vietnamkomitees schlagartig von der Polizei besetzt.**

**Die Wahrheit über die Zusammenhänge zwischen den Vernichtungsfeldzüge der US-Bosse, dem internationalen Kapital und den Plänen des westdeutschen Imperialismus soll mit aller Gewalt erstickt werden. Die Verfolgung der anti-imperialistischen Bewegung in Westdeutschland ist eine Gefälligkeit für die US-Terrorpolitik in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, für einen Thieu, dem Henker von Saigon.**

**Die Mieterkampfe im Frankfurter Westend gegen Halsabschneider vom Schlage der Markiewicz, Rosen, Selmi, Neufeld und Co. und die Bonner Demonstration gegen den blutigen Tyrannen Thieu haben die massgeblichen Herren dieses Landes nervös gemacht. Jetzt entfachen sie in ihrer Presse, besonders in der Dreckschleuder 'Bild' und in Fernsehreportern eine Hetzkampagne. Münchens Polizeipräsident Schreiber will jetzt blutige Polizeischlachten gegen Demonstranten sehen! Der Polizeiüberfall auf die Büros des Nationalen Vietnamkomitees liegt auf dieser Linie.**



# Massendemonstrationen in Athen und Saloniki

**Am 21. April demonstrierten in Athen und Saloniki tausende von Arbeitern, Bauern und Studenten gegen das faschistische Regime und gegen den US-Imperialismus. Das waren die grössten Demonstrationen seit der Machtergreifung der Faschisten vor sechs Jahren.**

**Aus Anlass des 6. Tages der Machtergreifung der Faschisten fand am 14.4. in Düsseldorf eine gemeinsame Veranstaltung der griechischen Marxisten-Leninisten und der KPD/ML statt.**

# Wir werden kämpfen, wir werden siegen, ein Arbeiterjugendzentrum werden wir kriegen

**Am 7. 4. demonstrierten rund 250 Jugendliche durch Bielefeld-Brackwede: Sie forderten ein Jugendzentrum für die Arbeiterjugendlichen und die Schüler. Die Zustimmung zu diesem Kampf der Jugendlichen ist gross. Bereits 1 500 Menschen haben sich in Unterschriftenlisten eingetragen, Lehrlingsgruppen aus ganz Ostwestfalen solidarisieren sich mit ihnen.**




Das Heim, das die Arbeiterjugendlichen fordern, gibt es bereits. Bis zu Beginn dieses Jahres stand es unter der Leitung des Jugendamtes der Stadt Bielefeld. Es wurden hauptsächlich Beatschwoofs veranstaltet, damit die Jugendlichen einmal die 'Sorgen des Alltags' vergessen sollten. Dauernd tauchten ausserdem Vertreter vom Jugendamt auf und kontrollierten die Jugendlichen. Kein Wunder, dass die Arbeiterjugendlichen dieses Heim mieden. Drill und Kommandoton hatten sie im Betrieb schon genug.

Anfang des Jahres dann wurde der Jugendwart abgezogen, die Leitung des Heims ging in die Hände der bisherigen Mitarbeiter über. Sie versuchten ein Konzept zu entwickeln, wie man das Heim zu einer Stätte der arbeitenden Jugend machen könne. Es bildete sich ein Komitee aus verschiedenen Organisationen, in dem auch die Rote Garde Bielefeld mitarbeitete. Sie war es auch, die einen entschlossenen Kampf darum führte, dass der alte Schwoof nicht mit neuem linken Anstrich wieder zur Hauptsache wurde. Sie erklärte, dass der Kampf um ein Arbeiterjugendzentrum ein Teil des gesamten Kampfes der Jungarbeiter und Lehrlinge ist. Darum kann es auch nicht darum gehen, sich hauptsächlich darauf zu konzentrieren, irgendwie Leute für eine Besetzung zusammenzubekommen. Entscheidend ist, dass die richtigen Kampfforderungen für die Jugend aufgestellt werden. Das allein sichert die Unterstützung breiter Teile der Jugendlichen.

Das Aktionskomitee stellte die Forderungen auf:
**600 DM Existenzlohn für Lehrlinge; Streikrecht für Lehrlinge; für freie politische Betätigung in Schule und Betrieb; Kampf der politischen Disziplinierung.**

4 mal erschien bereits die Zeitung 'Unser Haus', die die Kampfziele der Jugendlichen erläuterte und für Unterstützung warb.

**Die breite Beteiligung bei der Demonstration, die inzwischen eingegangenen Solidaritätsadressen, zeigen den Erfolg dieser richtigen Linie.**




# Heraus zum 1. Mai!

NORDRHEINWESTFALEN
**Demonstration: Dortmund**
Aufstellung: 12 Uhr am Nordmarkt.
Veranstaltung: 30. April, Jacobwschänke in der Weissenburgstrasse

WASSERKANTE
**Demonstration: Kiel**
Aufstellung: 10 Uhr Vinetaplatz
Veranstaltung: 28.4., 19 Uhr, EICHHOF

**Demonstration: Hamburg**
Aufstellung: 10.30 Uhr am Spritzenplatz (Altona)

NIEDERSACHSEN
**Demonstration: Hannover**
Aufstellung: 11.30 Uhr Küchengarten Platz
Schlusskundgebung: 13 Uhr Lindener Platz

SÜDWEST
**Demonstration: Mannheim**
Aufstellung: 11 Uhr am Marktplatz
Schlusskundgebung: Neumarkt (Neckarstadt), 13.30 Uhr

**Demonstration: Frankfurt**
Aufstellung: 12 Uhr Königsplatz
Schlusskundgebung: 14 Uhr Zenettiplatz
Veranstaltungen:

BAYERN
**Demonstration: München**
Aufstellung:

**Demonstration: Nürnberg**
Aufstellung: 10 Uhr Harsdorfer Platz

WESTBERLIN
**Demonstration: Berlin-Wedding**
Aufstellung: 10 Uhr Turmstrasse (Moabit)
Schlusskundgebung: Zeppelinplatz (Wedding)
Veranstaltung: 29.4. um 19 Uhr 'Neue Welt'

# Maiaufruf der Gewerkschaftsopposition

**Zum 1. Mai 1973 erscheint die erste Nummer von 'BETRIEB UND GEWERKSCHAFT', der Zeitung der Gewerkschaftsopposition. Im "Aufruf der Gewerkschaftsopposition zum 1. Mai 1973" heisst es:**

**"Arbeiter, Werktätige!**

Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiterklasse. An diesem Tag schliessen sich die Arbeiter zusammen, um ihre Forderungen an das Kapital, den Staat und die Gewerkschaftsführung zu stellen, um dafür zu kämpfen,

bilden wir eine Einheit im

**KAMPF GEGEN KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG!**
**KAMPF GEGEN ABWIEGLER UND ARBEITERVERRAT!**
**ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!**

Kollegen,
In allen grossen Städten Westdeutschlands und in Westberlin müssen mächtige 1. Mai-Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden. Lasst euch nicht zu Regierungsfeiern und Mitbestimmungsfesten verleiten.

**Kämpft für eure Sache. Für eine Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete!**

Nicht 'Mitdenken, mitbestimmen', mitverantworten' (1. Mai-Losung des DGB), sondern **Bestimmen - und immer daran denken,** dass wir gegen die Verantwortlichen für Ausbeutung und Unterdrückung, das Kapital, kämpfen müssen! Kollegen, stellt euch in die Reihen der Gewerkschaftsopposition, euer Platz ist auf der Seite, wo am 1. Mai unter roten Fahnen dem Kapital, seinem Staat und der Gewerkschaftsführung der kompromisslose Kampf angesagt wird!"

Die Gewerkschaftsopposition, die den konsequenten Klassenkampf gegen das Kapital führt, kann am 1. Mai nicht mit den DGB-Demonstrationen mit den Bossen der SPD an der Spitze marschieren; auch nicht mit den D'K'P-Führern, die zwar die roten Fahnen schwenken, aber mit den Losung: "Mitbestimmung für Millionen" den Klassenverrat betreiben.

Die Gewerkschaftsopposition marschiert am 1. Mai gemeinsam mit der KPD/ML, der Roten Garde und anderen revolutionären Organisationen.




## Kontaktadresse:

# 'Wir kommen wieder!

**Kiel (RM) Freitag, 6.4.: Vor dem Gewerkschaftshaus haben sic etwa 60 - 70 Lehrlinge und Schüler versammelt. Ihr Ziel: Besetzun des Wilhelm-Leuschner (WL) Heimes, das direkt neben dem Gewerk schaftshaus liegt. Dieser Schritt war notwendig geworden, nachder die Gewerkschaftsführer sämtliche Jugendbetriebsgruppen aufgelös und verboten hatten, dass diese in dem WL-Heim tagten. Vor kurzer waren dann auch prompt zwei Betriebsgruppen rausgeworfen worder**

Die Wut unter den Versammelten war beträchtlich. Da man in da WL-Heim nicht hereinkam, versuchten wir über das Gewerkschafts haus dorthin zu gelangen. Dort bekamen wir einen Gewerkschafts führer zu fassen und forderten siebzigstimmig, dass uns sofort de Schlüssel zum WL-Heim ausgeliefert würde. Auster, ein stadtbekann ter und berüchtigter DGB-Bonze und Kurze jammerten ängstlich. Si redeten von "Hausrecht" und Polizei holen", was aber bei den Jugend lichen nur wütendes Fluchen einbrachte. Die Bonzen wurden kon kret gefragt, wer denn das Haus bezahlt hbae.

**Einem dieser Bonzen gelang es schliesslich doch, die Polizei zu rufen. Die uniformierten Freunde der DGB-Bonzen rückten gleic mit zehn (!) Wagen und an die 25 - 30 Mann an. Da sie zu gut ausg rüstet waren und wir zuwenig, zogen wir mit dem Ruf uns zurück "Wir kommen wieder!" Das nächste mal werden noch mehr oppositio nelle Gewerkschaftsjugendliche mitkämpfen.**

# Spanien: Demonstrationen gegen Arbeitermord

**Am 3. April wurde in San Adrian (Barcelona) von der Franco-Polizei ein neuer Mord begangen: Sie schoss ohne Vorwarnung in eine Demonstration von 200 Bauarbeitern des Kraftwerkes Bara, die zum 3. Mal in den Streik getreten waren. Die Arbeiter hatten di 40-Stundenwoche, 3000 Pesetas Mindestlohn (150 DM), volle Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall und 30 Tage Jahresurlaub ge fordert.**

**Bei dem blutigen Überfall der Franco-Faschisten wurde der Arbeiter Manuel Fernandez, verheiratet und Vater eines zwei-jährigen Kindes, erschossen, zwei weitere schwer verletzt. Ein Arbeiter hat seither das Bewusstsein nicht wieder erlangt. 100 Demonstranten wurden verhaftet.**

Über die ganze Welt ging eine Welle der Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus und seine hauptsächliche Stütze, den US-Imperialismus.

Am 14. April fand in Berlin-Wedding eine Protestdemonstration vo 1000 Menschen statt. Obwohl in Westberlin nur 1000 Spanier arbeiten, kamen auf die Demonstration allein 100 von ihnen. Die Partei, die Rote Garde und andere Organisationen unterstützten die Protestdemonstration. Ein spanischer Genosse kam direkt aus Barcelona und berichtete vom Kampf. So haben jetzt auch die westdeutschen Techniker des Siemenswerkes ihre Solidarität mit den Bauarbeitern erklärt.

In einer spanischen Fahne wurden 378,25 DM gesammelt.

Die westberliner Polizei war wieder haufenweise, vor allem in Zivil, angetreten, um ihre Unterstützungsarbeit für die Franco-Faschisten zu leisten. Sie fotografierten die spanischen Kollegen. Provokationen und der Versuch von Neubauers Garde, die gesammelten Spenden zu kassieren, konnten abgeschlagen werden.

Ein gemeinsames Flubblatt des Comitee pro Frap*, der PCE/ML**, der KPD/ML und der Roten Garde rief zur Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes auf. Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 14.4. gegen den Franco-Terror. Auf der Schlusskundgebung vor der Hauptwache bekräftigten zwei spanische Vertreter und ein Vertreter der KPD/ML ihre weitere Kampfentschlossenheit. Die Bevölkerung - besonders im Einkaufszentrum - unterstützten die Ziele der Demonstranten. Grosses Interesse fand auch der Rote Morgen. Allein eine Genossin verkaufte 40 Stück.

* Frap heisst 'revolutionäre, antifaschistische und patriotische Front', eine Organisation, die den breiten Kampf des spanischen Volkes gegen Franco-Faschismus und Yankee-Imperialismus führt. Sie hat auch ein Komitee in Westdeutschland

** PCE/ML - die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten

VON HAMBURGER GENOSSEN

# Zum 87. Geburtstag: ERNST THÄLMANN LEBT!

**Am 16.April wäre Ernst Thälmann 87 Jahre alt geworden. Folgenden Artikel schickten uns Parteigenossen aus seiner Heimatstadt Hamburg:**

Ernst Thälmann war der Führer der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Not und Rechtlosigkeit, gegen den aufkommenden Faschismus und die Gefahr des zweiten Weltkrieges. Er gehörte zu den populärsten Führern der internationalen Arbeiterbewegung und wurde durch seine Standhaftigkeit im faschistischen Kerker für die friedliebenden Menschen aller Länder die Verkörperung des heldenhaften Kampfes der deutschen Antifaschisten gegen die blutige Hitlerdiktatur und ihre Kriegsverbrechen.

Indem wir den Geburtstag Ernst Thälmanns gedenken, wollen wir ihm alle nacheifern in seiner Treue zur Sache des Proletariats. Besonders wir Hamburger sind stolz darauf, dass Ernst Thälmann in Hamburg geboren wurde und hier zum hervorragenden revolutionären Führer der Hamburger Arbeiter geworden ist.

Viele Menschen in Hamburg haben "Teddy" persönlich gekannt und fühlen, dass die KPD/ML hier die Tradition der Thälmannpartei hochhält. Einige Genossen besuchten eine Kämpferin von damals im Krankenhaus. Ihre Tränen bei den blossen Gedanken an Ernst Thälmann zeigen, wie stark Ernst Thälmann heute im Herzen vieler alter Kämpfer weiterlebt.

Das Geburtshaus an der Ecke Tarpenpekstrasse in einem Hamburger Arbeiterviertel ist heute Gedenkstätte. Viele Hamburger kommen hin, um frische Blumen oder einen Kranz niederzulegen. Seit langem ist die D"K"P im Besitz eines Schaufensters, in dem das Bildnis von Ernst Thälmann steht. Einmal versuchten einige D"K"P-Revisionisten, Genossen der KPD/ML daran zu hindern, einen Kranz niederzulegen. Ihre Beschimpfung vor der Geburtsstätte hat ein schlechtes Licht auf sie geworfen. Ernst Thälmann von der KPD/ML zu trennen, hiesse, Ernst Thälmann und die KPD/ML auszulöschen. Das wird den Revisionisten aber niemals gelingen. So werden wir stolz zum Bildnis Ernst Thälmanns greifen und es zum 1. Mai durch die Strassen der Hamburger Arbeiterviertel tragen.

Ein alter Genosse berichtete über Ernst Thälmann:
Teddy war stets mit uns Hamburger Arbeitern eng verbunden. Ich erinnere mich, als er aus Berlin zu einer Bezirksversammlung der KPD nach Hamburg kam. Zuerst suchte er eine der vielen proletarischen Kneipen auf, unterhielt sich dort z.B. mit einigen SPD-Arbeitern und erkundigte sich nach ihren Problemen. Auf der Bezirksversammlung war er über die Lage in Hamburg vorher informiert und brachte die Versammlung wie in diesem Falle verblüffend in die Verlegenheit, als er herausstellte, dass bei einer Aktion das Bündnis mit den SPD-Arbeitern nicht berücksichtigt wurde.

Ernst Thälmanns Kritik war oft derb und hart, aber freundschaftlich und herzlich. Für viele ein strenger Lehrer und grosses Vorbild. Vorbildlich war auch seine Arbeit im Hamburger Hafen. Sein kräftiger Körperbau ist Kennzeichen, für



**Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD und Führer des Rotfrontkämpferbundes**

viele Jahre harter Transportarbeiten bei Wind und Wetter. Oft arbeitete er mit einem schmächtigen Arbeiter zusammen, der ihm revolutionäre Schriften vorlesen musste, währenddessen Ernst Thälmann für ihn mitarbeitete. Aus dieser kuriosen Arbeitsteilung resultiert u.a. sein umfangreiches theoretisches Wissen über Arbeiterbewegung und Sozialismus. Es gibt wohl selten Genossen, die einerseits so harte Arbeit leisteten und andererseits nächtelang über den Büchern vertieft waren wie Ernst Thälmann. Hieran sehen wir, wie notwendig es ist, dass unsere Partei, die KPD/ML, die klassenbewussten Arbeiter mit den revolutionären Ideen für den Klassenkampf wappnen muss.

Besonders ernst nahm er seine Vorbereitungszeit für Reden und Versammlungen. Hierbei unterzog er sich einer strengen Selbsterziehung. Auch unsere Partei muss lernen, dass gute Vorbereitung schon halber Erfolg ist.

Ernst Thälmann hatte niemals daran gezweifelt, dass die deutsche Novemberrevolution für immer in den Herzen der Arbeiter verankert ist. Durch seine Führung war das Hamburger Proletariat 1923 imstande, die Macht zu erobern und in die Hand zu nehmen, trotz des Verrats der Sozialdemokratie.

**Als am 22.Oktober 1923 die Nachricht eintraf, dass die Reichswehr angesichts der revolutionären Erhebung des Proletariats in Sachsen einrückte, legten die Hamburger Hafen- und Werftarbeiter sofort die Arbeit nieder. In den Hauptstrassen sammelten sich bis in die Nacht immer mehr Menschen. Die Polizei stand dem machtlos gegenüber. Noch in der gleichen Nacht beschloss die Bezirksleitung der KPD Wasserkante unter Vorsitz des Genossen Ernst Thälmann den Aufstand für den 23.Oktober früh.**

Ernst Thälmann entwarf einen Aktionsplan. Erst sollten 26 Polizeiwachen gestürmt werden, um sich die Waffen zu beschaffen. Danach sollte die Wandsbeker Kaserne, die mit 600 Mann Polizei belegt war und über 6 Panzerwagen verfügte, gestürmt werden. Doch lassen wir einen Mitkämpfer – Ernst Thälmann berichten:

"Als das Polizeipräsidium seine Überfallkommandos entsandte, waren die Kampfbezirke in bewaffnete Festungen verwandelt. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen bauten in den Strassen Barrikaden auf. Unsterblich bleibt der Ruhm des roten Barmbeks. Die Polizeitruppen marschierten in ganzen Kompanien und Bataillonen an, aber sie mussten immer wieder unverrichteter Dinge umkehren, da ihre Verluste bei jedem Sturmangriff grösser wurden. Die Barmbeker Arbeiter hatten Bäume gefällt, das Strassenpflaster aufgerissen, mit Baumstämmen, Steinen und Sand die Strassenzugänge verbarrikadiert. Hinter dieser Schutzwehr kämpften sie wie die Tiger. Sie schossen drei Tage und drei Nächte. Sie griffen an, sie fielen, sie wichen zurück, aber sie ergaben sich nicht. Sie retteten die Ehre der KPD."

Das ist jetzt 50 Jahre her. Jubiläen sind für die Kommunisten und die klassenbewussten Teile des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion. Gerade die politische Situation, in der wir heute stehen, fordert mit gebieterischem Zwang von uns, dass wir die geschichtliche Bedeutung und die Lehren des Hamburger Aufstandes vollkommen klar erkennen. Mehr denn je muss in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild des Hamburger Oktoberkämpfer vor Augen haben: Kaltblütig, todesverachtend, der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit, auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das grösste, stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt.

**Die Diktatur des Proletariats.**

Jubiläen sind für uns nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion. Das gilt auch für das Jubiläum des 87. Geburtstages des Genossen Thälmann. In seinem Geiste des unversöhnlichen Hasses gegen Ausbeuter und Unterdrücker, und allen die ihnen zudienstén sind, im Geist der Bolschewisierung der Partei, im Geist der engen Verbundenheit von Partei und Klasse, muss und wird heute die KPD/ML weiter aufgebaut. Am 1.Mai 1973 werden wir das Bild von Teddy Thälmann auf den Demonstrationen mittragen unter der Parole des roten 1.Mai 1973:

**GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG**
**VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONAREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!**

# Für Genossen Ernst Aust: Hoch die Faust!

## GLÜCKWÜNSCHE DER RM-REDAKTION

## ZUM 50. GEBURTSTAG DES VORSITZENDEN UNSERER PARTEI:

**Lieber Genosse Ernst,**
**wir übersenden Dir zum 50. Geburtstag die herzlichsten Kampfesgrüsse!**

50 Jahre liegen hinter Dir und der Grossteil dieser Jahre war erfüllt von Deinem bedingungslosen Einsatz für die Sache der Arbeiterklasse. Du warst einer der wenigen in der KPD, die unbeugsam festgehalten hatten am revolutionären Geist der KPD Ernst Thälmanns. In Deiner Heimatstadt hattest Du durch Deine jahrelange Arbeit das Vertrauen der revolutionären Arbeiter gewonnen und den Hass der Bourgeoisie. Tausende gingen auf die Strasse, als man Dich für Deine Gesinnung ins Gefängnis werfen wollte. Sehr bald zogst Du Dir aber auch den Hass der Feinde in den Reihen der KPD zu: der modernen Revisionisten, die die Partei in eine bürgerliche Partei verwandeten und/sie schliesslich als D"K"P offen der Bourgeoisie zur Verfügung stellten.

Als Herausgeber des 'Blinkfüers', einer Wochenzeitung der KPD, hast Du immer wieder gegen das Diktat der Revisionisten gekämpft, die einen antimarxistischen und antichinesischen Kurs der Chruschtschow-Renegaten Dir aufzwingen wollten.

Als klar geworden war, dass die Revisionisten den Kampf zweier Linien in der KPD unmöglich machten, zogst Du die Konsequenz. Du hast alle aufrechten Marxisten-Leninisten, soweit es möglich war, um den Roten Morgen gesammelt, den Du in mühevoller Arbeit selbst herausgabst. Du hast den einzig konsequenten Schritt im Interesse der Arbeiterklasse und der Revolution gemacht, als Du die Gründung der KPD/ML im Jahre 68/69 als Antwort auf die bürgerliche Entartung der KPD vorantriebst.

Seit ihrer Gründung hast Du unsere Partei vorangeführt. Du warst es der uns lehrte, dass wir nur im unerbittlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus die uns vom Klassenkampf gestellten Aufgaben meistern können. So haben wir gemeinsam grosse Erfolge errungen, aber auch Niederlagen mit Dir durchgehalten. Es ist in hohem Masse Dein Verdienst, dass die junge Partei den Angriffen der Revisionisten aller Schattierungen, als auch der kleinbürgerlichen Parteifeindlichkeit standhalten konnte.

Stellvertretend für uns alle will Dich die Bourgeoisie auch heute wieder hinter Kerkermauern stecken. Aber Du stehst für uns alle und wir, die Parteigenossen aber auch die revolutionären und fortschrittliche Menschen stehen auf Deiner Seite, der Seite des aufrechten Kampfes gegen die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker, für den Sozialismus. In diesem Geist, voller revolutionärem Optimismus für die Zukunft, wünschen wir Dir ein langes kämpferisches Leben.

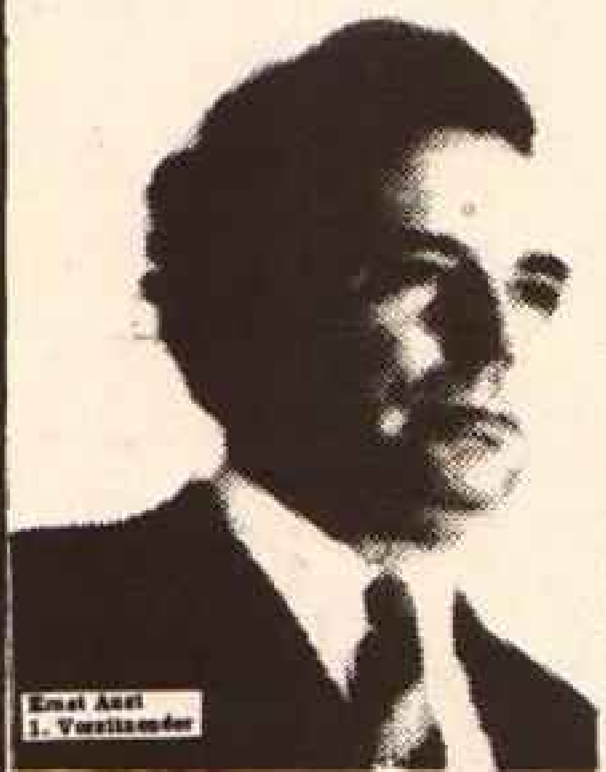
**Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!**
**Es lebe der 1. Vorsitzende unserer Partei, der Genosse Ernst Aust!**
**Rotfront!**
**Die RM-Redaktion**

## DAS LEBEN DES GENOSSEN ERNST AUST:

# Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus

Geboren wurde Genosse Ernst Aust im Jahre 1923, dem Jahr des Hamburger Aufstands. Er war gerade 10 Jahre, als der Faschismus die Macht ergriff. Jede freie Stimme wurde erstickt. Die Jugendlichen in den Schulen, unter ihnen Genosse Ernst Aust, wurden auf die Blut- und Boden-Ideologie gedrillt.

Dann kam der Krieg. Ernst und seine Kameraden wurden eingezogen. Von den 15 Jungen, die mit ihm in den Kreig geschickt wurden, kamen 5 zurück - unter ihnen Ernst Aust.



Ernst Aust
1. Vorsitzender

**In britischer Kriegsgefangenschaft bekam er zum ersten Mal Kontakt mit einem Kommunisten. Zusammen studierten sie die Schriften von Marx und Engels, die in der Bücherei des Gefangenenlagers zu bekommen waren. Hier fand Genosse Ernst Aust die Antwort auf die Frage, wie ein neuer Kreig verhindert werden könnte, wie eine erneute Machtergreifung der Hitlerbestien verhindert werden könne. Der Kommunismus, das war ein wirklicher Ausweg. Nur die Arbeiterklasse und ihre Partei konnten diesen Kampf führen.**

So trat Ernst Aust in die FDJ ein, wurde Mitglied des Kulturbundes der KDP. Er unterstützte mit allen Kräften den Kampf der KPD. Dieser Kampf galt hauptsächlich der Remilitarisierung Deutschlands, der Vertreibung der amerikanischen und britischen Besatzer. Genosse Ernst Aust nahm teil an der Besetzung Helgolands, an der Besetzung des Knechtsands, nahm teil an zahlreichen Demonstrationen und Aktionen.

Der Tod Stalins ermunterte auch die Verräter in den Reihen der KPD. Die Forderung nach dem revolutionären Sturz des Adenauerregimes wurde gestrichen. Die Parolen gegen die US-Imperialisten verschwanden. Aus dem Kampf gegen die Remilitarisierung wurde der Kampf gegen die Bombe. Das System dahinter wurde verschont.

**Wegen seines Kampfes für den Kommunismus, in der Zeit der Illegalität der KPD, sollte Genosse Ernst Aust der Prozess gemacht werden. Aber dieser Anschlag scheiterte. Mutig verteidigte er vor Gericht seine Gesinnung. Der Prozess wurde zum Tribunal gegen die Bourgeoisie. 5000 Hamburger Arbeiter gingen auf die Strasse. Ihr Kampf hat ausschlaggebend dazu beigetragen, dass die Bourgeoisie vor einer Verurteilung zurückschreckte.**

Als dann die KPD in der Illegalität in der Ostermarschbewegung, im Pazifismus unterging, las Genosse Ernst Aust zum ersten mal die Polemik der chinesischen Genossen. Er fand zunächst nichts besonderes daran. Es war doch selbstverständlich für einen Revolutionär, dass die Fahne der Revolution hochgehalten werden musste. Aber die revisionistischen Verräter in der KPD dachten anders. Hetzartikel gegen die VR China erschienen in den Zeitungen der KPD. Prochinesische Artikel wurden verboten.

Die KPD-Führer fürchteten die Kritik von Ernst. "Für 1500 DM Bonner Korrespondent werden - und dafür den Mund halten!" Das war ihr Angebot. Aber Ernst lehnte ab. Er gab die Redaktionsarbeit auf und ging für zehn Jahre als Fräser in den Betrieb.

**Vor den Verrätern aber gab es kein Zurückweichen. Genosse Ernst Aust setzte alles daran, die Genossen, die wie er die Linie der KPD der Reimann und Bachmann kritisierten, zu sammeln und den Aufbau einer neuen, revolutionären Partei vorzubereiten. Die ersten Roten Morgen erschienen. 1968 wurde diese neue Partei, die KPD/ML gegründet.**

## Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!

# KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!

Je mehr sich die Klassenkämpfe in Westdeutschland und Westberlin verschärfen, umso hektischer reagiert die herrschende Klasse, die Bourgeoisie. Je mehr sich unsere Partei in den Massen verankert und führend in ihre Kämpfe eingreift, desto wütender werden ihre Angriffe. Dabei geht sie nach der gleichen Methode vor wie 1951 gegen die FDJ, die KPD und andere fortschrittliche Menschen. Damals ging es der Bourgeoisie, dem westdeutschen Imperialismus, um die Remilitarisierung, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Es war klar, nie würde und wird sich der deutsche Imperialismus mit seiner in zwei Weltkriegen erlittenen Niederlage abfinden. Nur fiel es ihm damals, 6 Jahre nach Kriegsende, noch sehr schwer, seine Pläne zu verwirklichen. Allein seine bis ins Masslose gesteigerte antikommunistische Hetze nützte ihm nichts. Zu nahe war dem deutschen Volk noch der Schrekken des letzten Krieges. Zu breit war der Widerstand der Volksmassen, der sich in einer breiten, Millionen erfassenden 'Ohne-mich'-Bewegung äusserte. Kern dieses Widerstandes war damals die KPD und ihre Jugendorganisation, die FdJ. Sie musste der westdeutsche Imperialismus ausschalten, wollte er mit der Remilitarisierung und Wiederbewaffnung zum Zuge kommen.

**So wurde denn am 26.6.1951 zuerst die FdJ verboten. Am 22.11.1951 stellte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Antrag auf Verbot der KPD, das dann im Jahre 1956 erfolgte. Zugleich, nämlich am 11.7.1951, wurde das erste politische Sonderstrafgesetz, das sogenannte 'Blitzgesetz' (so genannt wegen seiner äusserst schnellen Verabschiedung im Parlament) beschlossen. Darin wurde eine Reihe Nazigesetze zur Verfolgung von Antifaschisten übernommen. Es wurde eine politische Gesinnungsjustiz geschaffen, die selbst die der Weimarer Republik und des Kaiserreiches in den Schatten stellt. Es wurde analog den Sondergerichten und dem Volksgerichtshof der Nazis Sonderstrafkammern eingesetzt.**

**Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden von 1951 bis 1961 etwa 200 000 Ermittlungsverfahren eingeleitet, wurden zahlreiche Kommunisten zu Freiheitsstrafen verurteilt. Auf der Grundlage dieses Gesetzes und wegen Verstoss gegen das KPD-Verbot, führte die bürgerliche Klassenjutsiz gegen den Vorsitzenden unserer Partei, den Genossen Ernst Aust, im Jahre 1963 einen Prozess durch, in dem er zu einem Jahr Gefängnis (Antrag des Staatsanwalts: 2 1/2 Jahre) verurteilt wurde. Nur die Solidarität der Hamburger Arbeiter und Genossen der ehemaligen KPD, die in Demonstrationen von 5000 Teilnehmern auf die Strasse gingen und der Polizei heftige Strassenschlachten lieferten und das revolutionäre Auftreten des Genossen Ernst Aust vor Gericht verhinderten ein höheres Strafmass.**

Dieses Gesetz, das 'Blitzgesetz', ist es auch heute wieder, das die Bourgeoisie zum Angriff auf unsere Reihen verwendet. Warum ist es gerade unsere Partei, warum sind es die Marxisten-Leninisten, gegen die die Bourgeoisie ihr Feuer richtet? Weil sie erkennt, dass ihr hier eine Kraft, eine Partei entgegen tritt, die das revolutionäre Erbe der alten KPD angetreten hat, eine Partei, die gemäss der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist. Eine bolschewistische Kampfpartei im leninschen und stalinschen Sinne.

Als unsere Partei, die KPD/ML, Ende 1968 gegründet wurde, hielt dies die Bourgeoisie für eine unbedeutende Tat einiger 'Maoisten', die keine Chance hätten, Einfluss auf die Massen zu gewinnen. Und so bestätigte ein Kölner Gericht noch im Jahre 1969, dass die KPD/ML eine Partei sei, die – wolle man – nur durch das Bundesverfassungsgericht zu verbieten sei. Damals hielten sie es aber nicht für nötig, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das änderte sich, als die Partei in den Jahren 1970/1971 erstarkte, als sie am 1.Mai 1971 ihre ersten grösseren Demonstrationen durchführte, als sie sich zunehmend in den Betrieben verankerte. Damals kam es zu den ersten Anklagen und Verfahren gegen Genossen unserer Partei, die auf ein Verbot (Burghausen) und eine Kriminalisierung (Münchner Kommunistenprozess) abzielten. Die Vernachlässigung des vorrangig ideologischen Aufbaus der Partei und der Angriff der Liquidatoren auf dem ausserordentlichen Parteitag Ende 1971 führten zu einer vorübergehenden Schwächung der Partei und zeitweiliger Herabsetzung ihrer Aktivität: Schon meldeten die Organe des Verfassungsschutzes: Gefahr vorüber, KPD/ML völlig zerspalten, löst sich auf.

Doch die Bourgeoisie hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie hatte übersehen, dass die Partei über einen Kern revolutionärer Genossen verfügte, dass eine, nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufgebaute Partei zwar Fehler machen, Rückschläge erleiden kann, dass sie aber, solange sie prinzipienfest bleibt, aus diesen Fehlern lernt, wächst und erstarkt. So wurde denn das Jahr 1972 in der Entwicklung der Partei ein grosser Erfolg, dessen Höhepunkt der II. ordentliche Parteitag war.

Nach dem leninschen Prinzip, dass sich ein revolutionärer Marxist von einem Spiesser und Kleinbürger, wie die D"K"P-Führer und diverse Zirkelhäuptlinge, dadurch unterscheidet, dass er es versteht, unter den Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu propagieren, ihre Unvermeidlichkeit nachzuweisen, ihren Nutzen für das Volk klar zu machen, das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie vorzubereiten, griff die Partei in den Klassenkampf ein.



**10 Jahre nach dem Faschismus: KPD-Verbot und Massenverhaftung von Kommunisten und Antifaschisten.**

Zum ersten Mal seit den Jahren 1945 bis 54 sah sich die westdeutsche Bourgeoisie zunehmend wieder mit einer Partei konfrontiert, die konsequent revolutionär war. Die sie nicht wie die verräterischen Führer der D"K"P/SEW am Gängelband ihrer Polizeigesetze führen konnte. Sie reagierte entsprechend mit verschärftem Polizei- und Justizterror, mit zahlreichen Ordnungsstrafen, Verfahren und Anklagen gegen Genossen und Sympathisanten unserer Partei. Dabei zeigt sich deutlich, dass sie gewillt ist, durch Terrorurteile die Genossen, und nicht nur sie, sondern alle, die nicht mehr gewillt sind, sich Ausbeutung, Preistreiberei, Wohnungselend, usw. weiter gefallen zu lassen, einzuschüchtern. Sie will den Funken ersticken, bevor er zum Steppenbrand wird.

**Ihr Hauptangriff aber richtet sich gegen den revolutionären Kern unserer Partei und hier zuvorderst gegen ihren Vorsitzenden, den Genossen Ernst Aust. Wie vor 10 Jahren, will sie ihn wieder vor die Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz zerren. Was wirft man ihm und damit unserer Partei vor?**

In der Anklageschrift vom 17.10.1972 wird er angeklagt:

1) im Mai 1972 durch Verbreiten von Schriften zu strafbaren Handlungen aufgefordert zu haben, nämlich dazu, andere rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen, sowie dazu vorsätzlich und rechtswidrig fremde Sachen zu beschädigen;

2) im Juni 1972 die im § 138 Abs. 1 StGB genannten Verbrechen des Mordes und der Herbeiführung einer Explosion, nachdem sie begangen worden war, öffentlich gebilligt zu haben und anderes mehr.

Gleichzeitig wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren (noch nicht abgeschlossen) eingeleitet, in dem der Vorwurf erhoben wird: "Der Beschuldigte ist verdächtig, auf Angehörige der Bundeswehr planmässig einzuwirken, um deren Bereitschaft zum Schutze der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmässigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD oder Verfassungsgrundsätze einzusetzen." Strafbar nach 89 StGB.

Die Bourgeoisie, der Klassengegner, hat vor, ohne grosses Aufsehen, die Kommunisten, die Sprecher der Arbeiterklasse, mundtot zu machen. Dieser Versuch richtet sich nicht allein gegen den Genossen Ernst Aust, sondern er steht als Vorsitzender unserer Partei stellvertretend für uns alle, stellvertretend für seine Klasse. Das Verbot der kommunistischen Agitation und Propaganda, ist der erste Schritt, die Partei in die Illegalität zu drängen, ist ein erster Schritt hin zum Verbot unserer Partei. Es ist unsere Kampfkraft, es ist der starke Arm der Arbeiterklasse, der diesen Anschlag der Bourgeoisie verhindern kann. Darum heisst es: Sich zusammengeschlossen im Kampf gegen die politische Unterdrückung:

**FREIHEIT
FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!**

**FREIHEIT
FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!**

**STOPPT DIE TERRORPROZESSE DER BOURGEOISIE!
HÄNDE WEG VON ERNST AUST!
HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!**




---

SPENDET AN DAS

**Solidaritätskomitee 'KAMPF DER POLITISCHEN VERFOLGUNG'**

Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort 'Solidarität'

| | | |
|---|---|---|
| 19. 3. | Sammlung auf Arbeitertreff Han.-Linden | 100,85 |
| 19. 3. | RG-Fete, Duisburg | 269,85 |
| 20. 3. | Rote Kugel Wedding | 40,– |
| 21. 3. | E. A. | 129,09 |
| 27. 3. | Arbeitertreff Hamburg | 111,– |
| 27. 3. | I. S., WHV | 10,– |
| 2.4.73 | Bielefeld | 250,– |
| 4.4.73 | Stürtz-Kollegen, Würzburg | 050,– |
| 17.10.72 | (Nachtrag): Kieler Solidaritätskomitee zur Unterstützung politischer Gefangener | 117,– |
| | Insgesamt: | 1 071,79 |

## Polizei - und Justizterror in Bayern

**Am 5.4. stand wieder ein Demonstrant vom Antikriegstag 1972 in München vor Gericht. Die Zuschauer müssen sich Leibesvisitationen unterziehen. Als der Angeklagte gegen diese Atmosphäre der Einschüchterung protestiert, antwortet der Richter: "Das Gericht billigt diese Atmosphäre. Wir haben aus informierten Kreisen erfahren, daß jetzt mehrere Prozesse gegen die KPD/ML bevorstehen. Wir wollen von vorneherein klarstellen, daß es keinen Spektakel gibt."**

Eine Woche später steht wiederum ein Genosse vor dem Amtsgericht München. Die Partei hat für den folgenden Tag zu einer Demonstration gegen die laufenden politischen Prozesse gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen in München aufgerufen. Die Demonstration erhielt kurz vorher – so dass kein Einspruch mehr möglich war – folgende Auflage: Keine Fahnenstange, die länger als 1,50 m und zwei Zentimeter stark ist, keine Sturzhelme und sonstige 'Waffen'. Ein Bus mit Demonstranten aus Würzburg wird auf dem Weg nach München von Polizei angehalten, durchsucht, alle Sturzhelme werden beschlagnahmt.

Die Demonstration geht durch die Münchner Arbeiterviertel Schlachthof und Au zum Edlinger Platz. Die Demonstranten halten die Transparente mit Händen, da viele Transparente aufgrund der Auflage nicht mehr an Stangen gehalten werden können. Sie klären die Bevölkerung über diese zunehmenden Angriffe auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit auf, mit denen der Kapitalistenstaat der wachsenden revolutionären Bewegung Herr werden will.

Zur Einschränkung der Meinungsfreiheit nur zwei Beispiele: Ein Genosse erhält 400,- DM Geldstrafe, weil er beim RM-Verkauf die Parole ausrief: 'Die Polizei – Dein Freund und Killer.'
Die Mordschützen der Polizei, die gerade in München schon manchen Toten auf dem Gewissen haben, haben bislang noch keinen Pfennig Strafe erhalten!

Ein anderer Genosse wurde wegen Propagierung eines Flugblatts für eine Rote-Punkt-Aktion zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Die Bourgeoisie weiss, warum sie die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit so rasch beschneidet. Gegen diesen zunehmenden Abbau der mit Opfern errungenen demokratischen Rechte, gegen die zunehmende Faschisierung, muss der Kampf organisiert werden. Als Kommunisten kämpfen wir dabei in erster Linie darum, dass sich die Arbeiterschaft im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger in Polizei, Justiz, Parlament und bürgerlichen Parteien vereinigt und voranschreitet zum Sturz des Kapitalistenstaates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats!**

**DIE BOURGEOISIE FORDERT UNSER VERBOT**

**WIR KÄMPFEN WEITER,**

**DEUTSCHLAND WIRD ROT!**